

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Stückzahl 3,20 RM. monatlich 1,10 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
einer oder beider Seiten 60 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 7. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erfolglose russische Angriffe im Osten.
Positionskrieg im Westen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Der französische Tagesbericht.

Paris, 6. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht
vom 5. Februar, 3 Uhr nachmittags. In Belgien zeigen deutsche
Flugzeuge große Tätigkeit. Der gestrige Bericht meldete die Er-

Paris, 6. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht
vom 5. Februar, abends 11 Uhr. In der Nacht vom 4. auf den
5. Februar versuchten deutsche Abteilungen ohne Erfolg, aus den

Eine englische Drei-Millionen-Armee?

Amsterdam, 5. Februar 1915. (Privattelegramm
des „Vorwärts“.) Das Reuter-Bureau meldet aus London: Das

Die englischen Truppentransporte
nach Frankreich.

Amsterdam, 6. Februar. (T. U.) Der Korrespondent der
„Tribune“ in Dünkirchen hatte vor einiger Zeit mit aller Bestimm-

Ein englisches Flugzeug über Antwerpen.

Amsterdam, 6. Februar. (W. T. B.) Nach einer Blättermeldung
aus Bergen op Zoom überflog gestern morgen ein englisches Flug-

Die Rekrutierung der geflüchteten Belgier.

Paris, 6. Februar. (W. T. B.) Der „Temps“ meldet:
Aus Gründen der belgischen Regierung werden die französischen

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.
Amtlich. Großes Hauptquartier, den
6. Februar 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Erneute französische Angriffe gegen die von
uns gewonnenen Stellungen nördlich von
Massiges blieben ohne Erfolg. Ebenso scheiterte
ein feindlicher Vorstoß in den Argonnen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Die Russen griffen gestern an der ostpreußi-
schen Grenze sowie südlich der Weichsel gegen
unsere Front Humin-Bzura-Abschnitt an. Alle
Angriffe wurden abgewiesen. Wir machten
1000 Gefangene und erbeuteten 6 Maschinen-

Hauptsächlich von englischer, aber auch von
französischer Seite wird fortgesetzt die Behaup-
tung wiederholt, daß die Deutschen gewisser-
maßen zur Feier des Geburtstages Seiner
Majestät des Kaisers Vorstöße in großem Stile
inszeniert hatten, die sämtlich mit schweren
Rückschlägen für uns endigten.

Daß diese Behauptung in heimtückischer Ab-
sicht einfach erfunden ist, beweisen unsere amt-
lichen Berichte über die Ereignisse an den in
Frage kommenden Tagen. Eine solche Kampfes-
weise kann natürlich auch nicht die Person des
Kriegsherrn berühren. Die deutsche Heeres-
leitung möchte aber nicht unterlassen, sie in ihrer
Erbärmlichkeit vor aller Welt an den Pranger
zu stellen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 6. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 6. Februar 1915.

An der ganzen Karpathenfront und in der
Bukowina dauern die Kämpfe an. Die Situation in
Polen und Westgalizien ist unverändert. Ein russischer
Nachtsangriff bei Lupuczno wurde abgewiesen.

Am südlichen Kriegsschauplatz hat sich in
letzter Zeit nichts Wesentliches ereignet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Hoefler, Feldmarschalleutnant.

Vom südafrikanischen Kriegs-
schauplatz.

Vom Burenaufstand.

London, 6. Februar. (W. T. B.) Die „Times“ melden aus
Kapstadt: Die Uebergabe Kempys und die jeden Augen-

London, 6. Februar. (W. T. B.) Meldung des Reuterischen
Bureaus. Aus Pretoria wird gemeldet, daß sich der Buren-

Wo bleiben die Höchstpreise
für Vieh und Fleisch?

Als der Bundesrat — sechs Monate zu spät! — die
Verdahnahme aller Getreidevorräte anordnete, kündigte die
„Deutsche Tageszeitung“ an, nach dem Kriege werde sie sich
sehr energisch mit den Urhebern der Verschleppungspolitik zu

Zeit der Ankündigung des Landwirtschaftsministers, daß
die Viehbestände verringert werden müßten, um die Zahl der
Konkurrenten für Nahrungsmittel (Getreide und Kartoffeln)
kleiner zu machen, hat eine sehr lebhafteste Preissteigerung auf

Aber selbst wenn diese Gefahr nicht oder nur in geringem
Grade bestände, welcher Grund liegt dafür vor, die Vieh-
züchter und Viehhändler die jegliche Situation auf Kosten der

Das Verhalten der Regierung gegenüber diesen Vor-
gängen ist so widerspruchsvoll, daß es sich nur durch
die Rücksichtnahme zugunsten der Produzenten erklären
läßt. Aber die Produzenten- und Großhändlerinteressen

Die Bevölkerung verfolgt mit Interesse alle militärischen
Maßnahmen und weiß, mit welcher der Situation ent-

auf. Wie würde man im Felde solche Unterlassungs- sünden, wie sie die Verzögerung des Erlasses von Höchstpreisen für Vieh darstellt, ahnden? Alle wirtschaftlichen Maßnahmen für die zurückgebliebene Bevölkerung dienen letzten Endes aber auch dem militärischen Interesse. Der bürgerliche Imperialist Kohrbach hat wiederholt dargelegt, daß die größte Gefahr für die Durchsetzung der Kriegsziele den zögernden wirtschaftlichen Maßnahmen entspringen wird. Mag man nun mit Kohrbach in der Ablehnung der Kriegsziele übereinstimmen oder nicht — wir denken bekanntlich wesentlich anders darüber als Kohrbach —, seine dringenden Mahnungen, ganze Arbeit zu tun, sind darum nicht weniger berechtigt.

Die Bevölkerung erwartet jedenfalls, daß ihre schweren Opfer in diesem Kriege nicht durch zögernde und halbe Maßnahmen noch vergrößert werden.

Der Seekrieg.

Mit der Erklärung der Gewässer um die britischen Inseln zum Kriegsgebiet, die am 4. Februar durch den deutschen Admiralstab erfolgt ist, wird der Schlüssel einer Entwicklung gelegt, die im Verlauf der sechs Kriegsmomente mehr und mehr zu einer Aufhebung aller völkerrechtlichen Bestimmungen über den Seekrieg geführt hat. Mit der willkürlichen Auslegung des Begriffs der relativen Kontenlande durch England hat diese verhängnisvolle Entwicklung begonnen. Der Unterseebootkrieg gegen die englische Handelschiffahrt — als Antwort darauf — war der zweite Akt. Der dritte wird gekennzeichnet durch den Geheimbefehl der englischen Admiralität, der die englischen Handelschiffe zum Nichtgebrauch der neutralen Flagge auffordert, und als vierter Akt folgt nun die Erklärung des deutschen Admiralstabs, nach der vom 18. Februar an jedes im Kriegsgebiet angetroffene feindliche Kaufschiff ohne Rücksicht auf Besatzung und Passagiere gestört werden soll! Den neutralen Schiffen wird ein Ausweg in den atlantischen Ozean nördlich der britischen Inseln eröffnet, der Verkehr neutraler Schiffe mit England selbst dürfte aber großen Schwierigkeiten unterliegen, da der englische Nichtgebrauch ihrer Flagge zu lebensgefährlichen Verwechslungen Anlaß bieten kann.

Es ist schlechterdings nicht einzusehen, welche Steigerung der Kampf zur See noch erfahren könnte. Der Satz, daß im Lärm der Waffen die Befehle schweigen, ist hier zur vollen Wirklichkeit geworden. Ueber Recht und Unrecht ist der Erfolg als einziger und endgültiger Richter angerufen. Es wird sich zeigen müssen, ob die Maßnahmen des deutschen Admiralstabs imstande sind, den englischen Seehandel am Lebenswurz zu treffen. England ist in noch höherem Maße als wir auf den Ueberseeverkehr angewiesen, ohne den es kaum wenige Monate zu existieren imstande ist. Es wird also die alleräußerste Anstrengung nicht scheuen, um sich selber die Freiheit der Meere wieder zu gewinnen, die es dem Deutschen Reich schon zu Kriegsbeginn geraubt hat.

In dieser Steigerung der gegenseitigen Anspannung bis zum äußersten, dieser Loslösung von allen völkerrechtlichen Banden wird das Wort vom Kampf auf Leben und Tod erst zu voller furchtbaren Wahrheit. Wie die Sturmflut die Dämme zerreiht und überspült, so hat der Seekrieg alle mühsam aufgebauten Schranken des Kriegesrechts zerbrochen und über den Haufen geworfen. Mit Grauen und atemraubender Spannung verfolgt die ganze Welt das grandiose Schauspiel entfesselter Gewalt.

Die nordische Presse über den Unterseebootkrieg.

Kristiania, 6. Februar. (W. Z. V.) Anlässlich der Bekanntmachung des Admirals v. Pohl im „Reichsanzeiger“ befragte „Aftenposten“ den Leiter des Nordischen Schiffsreedervereins, Zanzen, der als seinen vorläufigen Eindruck erklärte: Die deutsche Bekanntmachung muß als wohlwollende Warnung aufgefaßt werden, die nicht beabsichtigt, der neutralen Schifffahrt unnötige Hindernisse zu bereiten. Man kann daher annehmen, daß diese wie bisher stattfinden kann. Es ist kaum Grund zur Besorgnis vorhanden, es sei denn, daß möglicherweise Unglücksfälle infolge von Mißverständnissen entstehen. Es besteht also ein gewisses Risiko, aber keine direkte Gefahr. Es gilt daher, vorsichtig zu sein. Auf die Frage, ob er es für denkbar halte, daß deutsche Kriegsschiffe ohne nähere Untersuchung ein Schiff unter neutraler Flagge in den Grund bohren, erklärte Zanzen ein derartiges Vorgehen nicht für wahrscheinlich und selbstverständlich für eine grobe Verletzung des Völkerrechts.

Kristiania, 6. Februar. (W. Z. V.) In einer Besprechung der amtlichen deutschen Bekanntmachung, durch welche die englischen Gewässer als Kriegsgebiet erklärt werden, geben „Morgenbladet“, „Aftenposten“ und „Norges og Sjøfartstidende“ übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck, daß die deutschen Unterseeboote keine Schiffe mit neutraler Flagge versenken werden, ohne ihre Neutralität näher untersucht zu haben, da dies eine grobe Verletzung des Völkerrechts darstellen würde.

„Morgenbladet“ erklärt, daß Deutschland bei der angekündigten Anwendung der Unterseeboote sich ganz über die Bestimmungen des Völkerrechts hinwegsetzen müßte, und fährt fort: Es muß ein Schritt der Verzweiflung sein, der damit getan wird, er kann aber kaum gerechtfertigt werden durch die von England durchgeführte Sperrung der Nordsee. Andererseits muß man daran erinnern, daß auch Deutschlands Lebensinteressen Maßnahmen erfordern, die, wie ungeheuerlich sie auch in den Augen anderer erscheinen mögen, für die Deutschen als die natürliche und selbstverständliche Art erscheinen, Repressalien gegen den Feind anzuwenden.

„Morgenbladet“ nimmt an, daß die neutralen Mächte Vorstellungen erheben werden, in gleicher Weise wie anlässlich der Nordseesperre. Das Blatt erklärt,

daß die Neutralen auch England gegenüber mit großer Empfindlichkeit über ihre Rechte und Pflichten gewacht hätten, und schließt: Wenn es Ausfuhr- und Durchfuhrverbote gibt, die Deutschland treffen, so gibt es in gleicher Weise Ausfuhr- und Durchfuhrverbote, von denen England getroffen wird.

Eine holländische Stimme.

Amsterdam, 6. Februar. (W. Z. V.) Der „Rotterdamse Courant“ schreibt: Als England am 2. November einen Teil der Nordsee als Kriegsschauplatz erklärte, sprachen wir die Erwartung aus, daß diese Maßregel Holland nicht allzulehr schaden würde. Dies wurde durch die Erfahrung bestätigt. Wir glauben berechtigt zu sein, diese Ansicht auch mit Bezug auf die deutsche Aktion zu wiederholen. Diese Aktion wird von Seeroffizieren durchgeführt werden, deren einwandfreies Auftreten mit Recht überall bewundert wird. Sicherlich werden unsere Interessen auch hier so weit wie möglich berücksichtigt werden. Unsere Regierung wird auch gegen diese neue Verletzung des Grundsatzes der Freiheit zur See energig Einspruch erheben, sowie sie auch gegen die deutsche Maßregel vom 2. November nicht ohne Erfolg Einspruch erhoben hat. Steht man die deutsche Maßregel näher an, so erkennt man, daß unter der äußeren Form einer Vergeltungsmaßregel ein neues, bisher unbekanntes Mittel militärischen Aufstretens angekündigt wird. Deutschland ist wohl imstande, mit seinen neuen Unterseebooten der englischen Handelsflotte fröhlicher zu Leibe zu gehen, als dies früher möglich gewesen wäre. Diese ganz unbekanntes Art der Kriegführung müsse nunmehr eine rechtliche Grundlage erhalten und dafür die englische Maßregel vom 2. November dienen. Das Blatt betont zum Schluß, daß Hollands Haltung stets einwandfrei war. Hollands Haltung könne nur durch seine Neutralität bestimmt werden, nicht durch die Wünsche der kriegführenden Parteien.

Die Furcht vor den deutschen Unterseebooten.

Amsterdam, 6. Februar 1915. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ zählt beunruhigt 14 über die Zeit ausbleibende Kaufschiffe auf, die insgesamt 58 000 Tonnengehalt hatten; darunter befindet sich auch der Gefrierfleisch führende „Highland“. Die „Brae“ ist seit dem 5. Januar vermisst. In Seevereisungskreisen sei man besorgt. Die Versicherungs- und Rückversicherungstarife steigen rapide. In Marinekreisen führt man das Ausbleiben der Schiffe auf die erneute Tätigkeit der deutschen Kreuzer zurück. Dem „Temps“ gingen aus dem Feiertage Zuschriften zu, nach denen die Paketboote zur Sicherung gegen solche Angriffe deutsche Offiziere an Bord nehmen (!) sollten. Der „Temps“ erklärt diese Idee für gut aber unausführbar, da die Mächte eine gleiche Behandlung der Gefangenen vorziehen und Deutschland leicht eine Aenderung des französischen Reglements mit einer gleichen Aenderung beantworten könnte, wobei die Franzosen schlechter fahren würden. Die Mitführung Gefangener würde eine Rückwirkung haben, die besser nicht provoziert werden sollte.

Der Krieg und die Kolonien. Die Kämpfe in Angola.

London, 6. Februar. (W. Z. V.) Meldungen der Presse zufolge wird General Pereira Dea den Oberbefehl in Angola übernehmen.

Lissabon, 6. Februar. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Eine halbamtliche Note meldet, Angola sei frei von Deutschen. Die Eingeborenen, die am Kueneck wohnen, zeigten sich Portugal feindlich. Eine gewisse Anzahl, besonders die Einwohner von Bunta Neongo, hat sich empört und die Häuser der Europäer geplündert. Sie töteten den Verwalter und den Postdirektor von Nussende, seine Frau und seine Kinder. Der Gouverneur von Angola hat Truppen zur Unterdrückung des Aufstandes entsandt.

Der türkische Krieg. Ruhe im Kaukasus.

Petersburg, 6. Februar. (W. Z. V.) Amtlich wird mitgeteilt: Bei der kaukasischen Armee am 4. Februar keine wichtigen Veränderungen.

Erhebung persischer Stämme gegen Rußland.

Konstantinopel, 5. Februar. (W. Z. V.) Der Agence Milli wird aus Teheran gemeldet, daß Jorgam Saltana, das Oberhaupt des Stammes der Talas, welcher die Gegend von Enzeli am Kaspischen Meere bewohnt, sich mit seinem ganzen Stamm gegen die Russen erhoben, Enzeli angegriffen, den Zentralposten der russischen Automobilgesellschaft zerstört und sich darauf ins Gebirge zurückgezogen habe. Auch ein Teil des berühmten kriegerischen Stammes der Schahsevanen habe sich erhoben und begonnen, die Russen anzugreifen und sie zu vertreiben. Die Erhebung familiärer Stämme Nordpersiens gegen die Russen stehe bevor.

Außerungen des Reichskanzlers

Kristiania, 6. Februar. (W. Z. V.) Der Berliner Korrespondent von „Aftenposten“, Professor Dr. Holtzmann, hatte gestern morgen eine Unterredung mit dem Reichskanzler, über die er folgendes berichtet: Ich machte eine Bemerkung über den englischen Ausbürgerungskrieg. Der Reichskanzler ging sofort darauf ein und sagte:

„Sie sagen mir, daß die Alliierten ihre Hoffnungen auf eine Ausbürgerung Deutschlands setzen, das namentlich England mit dieser Hoffnung seine unter dem Kriege mehr als es selbst leidenden Bundesgenossen zu der für sie hoffnungslosen Weiterführung des grausamen Krieges bestimmen will. Das mag richtig sein. Ich las eben in der Zeitung eine Neußerung Churchill's. Churchill soll dem Londoner Korrespondenten des „Matin“ gesagt haben: „Sie wissen, welche Wirkung ein Anebel ausübt. Er nupst das Herz ab. Deutschland weiß das auch selbst ganz genau. Diese Anebelung wird aber nicht eher locker werden, als bis Deutschland sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat.“ Nun, Herr Churchill nimmt den Mund etwas voll. Sehen Sie die Situation nächstens an: Sie liegt folgendermaßen: Wir haben Lebensmittel genug, um unser Volk bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Wenn gestört werden muß, wird das deutsche Volk das lieber tun, als sich Herrn Churchill's Anebel zu unterwerfen. Es ist das alles Organisationsfrage. Der

Staat hat die Sache in die Hand zu nehmen, die Lebensmittel zu verteilen, damit die Knappheit nicht zu einer unheimlichen Teuerung führt, die natürlich für die ärmeren Schichten eine Hungersnot bedeuten würde. Würden wir die Dinge gehen lassen, so würde freilich das Fehlen eines Ueberflusses durch Spekulation und Preisstreiberi zu einer bedenklichen Teuerung führen. Die Organisationsaufgabe ist schwierig, aber wir werden sie bewältigen, und unter Staatsweifen hat fürwahr Bewiesen, daß es die schwierigsten Organisationsaufgaben bewältigen kann.

England behandelt uns als belagerte Festung. Churchill will ein Volk von 70 Millionen aushungern. Kennen Sie eine barbarischere Art der Kriegführung? Und glauben Sie etwa, daß wir uns vor der Heuchelei, die ein solches Verfahren mit den Rechten der Vereinbar hält und als im Interesse der Zivilisation unternommen hinstellt, beugen würden? Glauben die Engländer wirklich, daß wir uns auch nur im geringsten scheuen werden, im günstigsten Zeitpunkt die energigsten Gegenmaßnahmen zu ergreifen? Der Zeitpunkt ist bald gekommen. Wir bedauern, wenn dieser Seekrieg die Interessen der Neutralen schädigt, aber auch wir können nicht in der Gegenwehr auf einen rückwärtslosen Handelskrieg verzichten, den England seinerseits zum Schaden der Neutralen, aber leider ohne ihren wirksamen Einspruch, schon längst gegen uns mit der ausgesprochenen Absicht anwendet, ein Volk von 70 Millionen mit Weibern und Kindern dem Hungertode auszuliefern.“

Kundgebung der französischen Gewerkschaften.

Amsterdam, 5. Februar 1915. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Arbeiterkonföderation richtet ein Manifest an die der Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Verbände. Dieses Manifest, dessen maßvolle Sprache von der in der „Humanité“ häufig auftretenden kriegerischen Sprechweise ablichtet und das die fortwauernde Ablehnung der nationalistischen vulgären Demokratie durch die französische Arbeiterchaft bezeugt, erklärt: Die erlebten Kriegsgreuel bestärken nur die Ueberzeugung, daß die Haltung des Proletariats sich gegen den Krieg wenden muß. Trotz dieses Verlangens nach Frieden können wir jedoch nicht vergessen, daß belgische sowie französische Landesteile noch besetzt sind, andererseits sind wir uns aber bewußt, daß die Hauptbedingung des sozialen Fortschritts die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Völker ist. Wenn also aus diesem Grunde die Konföderation gegenwärtig keine Friedensbedingungen aufstellen kann, so schließt sie sich doch jenen Bestrebungen an, die darauf hinwirken, daß der jetzige Krieg der letzte sei. Die Konföderation ruft das Proletariat der ganzen Welt auf, sich mit der Idee zu erfüllen, daß selbst in einem Weltstaatenbund nur die Macht des organisierten Proletariats den Frieden sichert. Ferner heißt die Konföderation den Vorschlag des amerikanischen Arbeitsbundes gut, wonach gleichzeitig und gleichenermaßen mit der den Krieg abschließenden Friedenskonferenz eine Versammlung der Vertreter der internationalen Arbeiterchaft abgehalten werden möge, damit in dieser die internationale Freundschaft erneuert werde. Der dauernde Frieden müsse auf folgender Grundlage angestrebt werden: Aufhebung des Systems der Geheimverträge, Respektierung der Nationalitäten, sofortige Rüstungsbeschränkung, Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts.

Die politischen Verfolgungen in Rußland.

Petersburg, 6. Februar. (W. Z. V.) In der Budgetkommission der russischen Duma machte der Abgeordnete Kerenzky darauf aufmerksam, daß nach Galizien Leute mit dunkler Vergangenheit geschickt würden. Unter anderen sei der Chef der Rigaer Geheimpolizei Gregus nach Galizien geschickt. Die Verfolgung der Arbeiterpresse gehe soweit, daß die Zeitung „Nascha Schion“ konfisziert worden sei, noch ehe sie aus der Druckpresse herausgekommen sei. Der Minister des Innern rechtfertigte die Konfiskation mit der Absicht der Zeitung, einen revolutionären Artikel zu bringen.

Der Oberprokurator des Synods Sabler stellte in Abrede, daß in Rußland eine Verfolgung der Baptisten stattfände, es handele sich nur um eine Untersuchung, nicht um eine Verfolgung.

Paris, 6. Februar. (W. Z. V.)

Die sozialistische Presse ist über die Verurteilung Burgew's entrüstet. Sie erklärt, das Regime der russischen Regierung habe sich seit dem Ausbruch des Krieges nicht geändert. Die „Guerre Sociale“ schreibt: Die Verurteilung wird ein Keulen Schlag für alle Freunde des russischen Volkes und der russischen Regierung sein, die wir seit Kriegsausbruch trotz ihrer Vergangenheit mit derselben Sympathie zu betrachten, bemüht waren. Wir haben von einem neuen Zarstreiter geträumt, der nicht nur die kleinen slawischen Völker in Mitteleuropa und auf dem Balkan vom österreichisch-ungarischen Joch befreien, sondern auch Finnland die ihm längst versprochene Autonomie wiedergeben, Polen wiedererwecken, die Juden aus ihrer halben Sklaverei befreien, den Revolutionären die Türen der sibirischen Zuchthäuser öffnen und aus der Duma ein Haus von wirklichen Abgeordneten des russischen Volkes machen würde. Bedeutet die Verurteilung Burgew's, daß wir uns schmachlich gekränkt haben? Wird der Zar, der Freund und Verbündete der französischen Republik, des freien Englands und des ritterlichen Belgien, gestanden, daß Burgew nach Sibirien verbannt wird?

Die „Humanité“ schreibt: Diese Verurteilung betrübt und entrüstet, aber überrascht uns nicht. Die Politik der russischen Regierung hat sich nicht geändert. Dies, sowie die Tatsache, daß fünf sozialistische Dumaabgeordnete demüthigt vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen, weil sie das Verbrechen begangen haben, der sozialistischen Partei anzugehören, was nach der Anklageschrift einem Anschlag

gegen die Sicherheit des Staates gleichkommt, beweist, daß die russische Regierung nichts vergessen, aber auch nichts hinzugelehrt hat.

Warschau, 6. Februar. (W. Z. B.)

Hier sind in diesen Tagen 40 angefehene Polen, an ihrer Spitze Dr. Janowski und Rechtsanwalt Dziewolki, verhaftet worden. Als Ursache für ihre Verhaftung wurde Antisemitismus angegeben.

Kiew, 6. Februar. (W. Z. B.)

„Riejewolaja Myh“ vom 10./28. Januar teilt mit, daß auf Anordnung des Hauptchefs des Kiewer Militärbezirks alle Zeitungen in kleinrussischer altslawischer Sprache und in Jargon für die Dauer des Krieges unterdrückt werden.

Aus der Duma.

Petersburg, 6. Februar. (W. Z. B.) In der Budgetkommission der Duma befragte sich der Referent Rasnow Raschnow darüber, daß die Zinsen für die kurzfristigen Schaatsanweisungen nicht in das Budget eingestellt sind. Der Direktor der Kreditkassette erwiderte, daß sich die Einstellung erübrige, da die Schaatsanweisungen in eine konsolidierte Anleihe verwandelt werden sollen, zu deren Summe auch die Zinsen gerechnet werden.

Der Abgeordnete Tschemoswitow brachte zur Sprache, daß bei der Verhaftung der fünf sozialdemokratischen Abgeordneten eine ganze Reihe von Ungehelichkeiten verübt worden sind. Der Gehilfe des Justizministeriums, Wersjowin, erwiderte darauf mit verlegener Handbewegung: „Was kann ich Ihnen sagen, die sozialdemokratischen Abgeordneten befinden sich in Untersuchungshaft.“

Russische Pläne.

Stockholm, 5. Februar. (W. Z. B.) Die Petersburger „Sjerschewija Wjedomosti“ vom 28. Januar schreibt:

Wir sind in der Lage, folgende Ansichten der russischen Regierung über einige Fragen der äußeren Politik wiederzugeben. Von Zeit zu Zeit surfieren bei uns Gerüchte über die Möglichkeit eines Separatfriedens entweder mit Deutschland, oder mit Oesterreich-Ungarn oder endlich mit Ungarn allein. Diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Der Friede mit Deutschland wird nur nach dem endgültigen und vollen Siege über den Germanismus geschlossen werden, denn nur in diesem Falle wird in Europa eine wirklich dauernde Ruhe herrschen. Dieses Resultat könnte schon jetzt erzielt werden. Zu diesem Zwecke müßte man aber 2. bis 300 000 Menschenleben opfern. Um solches Untergießen zu vermeiden, erachtet es die Regierung als notwendig, den Termin des Sieges hinauszuschieben, um so mehr, als sie von dem schließlichen Sieg unserer Waffen überzeugt ist. Der Separatfriede mit Oesterreich-Ungarn ist faktisch unmöglich. Wenn die Monarchie der Habsburger um Frieden bittet, so müßte sie sich als besiegte erklären. Die Bedingungen, die der Monarchie in diesem Fall gestellt werden müßten, wären für sie unannehmbar. Die Doppelmonarchie müßte in diesem Falle nicht nur mit unseren Forderungen, sondern auch mit solchen der Serben und Montenegro rechnen. Auch müßten dann die Forderungen der Slawen in Oesterreich-Ungarn erfüllt werden, was eine Zerstückelung der Monarchie bedeuten würde. Grundlos sind auch die Gerüchte von einem Separatfrieden mit Ungarn allein unter Trennung Ungarns und Oesterreichs. Die erste und wichtigste Bedingung eines solchen Vertrages wäre unsere und unserer Alliierten Forderung, daß Ungarn sich nicht nur von Oesterreich, sondern auch von Deutschland loslöst und auf unsere Seite tritt. Es ist nicht zu erwarten, daß die Ungarn diese Forderung annehmen, die sie zwingen würde, gegen Oesterreich mit der Waffe in der Hand zu kämpfen.

Der „Riejew“ vom 29. Januar bespricht diese Kundgebung und bemerkt, daß man zum ersten Mal in einer offiziellen Kundgebung in Rußland von einer Teilung Oesterreichs spricht.

Aktionen der polnischen Unabhängigkeitspartei in Rußland.

Kraslau, 6. Februar. (T. U.) Wie der „Kaprzes“ meldet, verbreiten die Organisationen der polnischen Unabhängigkeitspartei in ganz Rußisch-Polen, und zwar auch in den noch von russischen Truppen besetzten Territorien unter der Bevölkerung massenhaft Aufzuse, in welchen gegen den russischen Despotismus Stellung genommen und für ein inniges Zusammengehen sich ausgesprochen wird. Die Bevölkerung wird zur Unterstützung der polnischen Legionen und zum Kampfe für die Unabhängigkeit des Vaterlandes aufgefordert. Gleichzeitig wird der Tätigkeit des polnischen Obersten Nationalrates in Rußisch-Polen volle Anerkennung gezollt. Die Aufzuse sind gezeichnet von der polnischen, sozialistischen Partei, dem polnischen Bauernbund und dem polnisch-nationalen Arbeiterverband.

Nahrungsmittelmangel in Odessa.

Odessa, 6. Februar. (W. Z. B.) In Odessa herrscht große Nahrungsmittelmangel. Infolge der Ueberlastung der Eisenbahnen und des Fehlens von Waggons ist die Zufuhr von Getreide auf ein Minimum gesunken. Das Eisenbahnkomitee hat beschlossen, täglich 40 Waggons zur Linderung der Not zu stellen.

Teuerungsdebatte im englischen Unterhaus.

Amsterdam, 6. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Donnerstag findet im englischen Unterhaus eine Teuerungsdebatte statt. Asquith wird sie mit der Darlegung der Regierungspläne eröffnen. Die Arbeiterpartei wird eine Resolution vorlegen, die die Erleichterung des Transports, Festsetzung von Höchstpreisen und die Ueberwachung preisreibender Praktiken fordert. Vier Redner der Arbeiterpartei sind angemeldet, darunter Macdonald und Henderson. Auch die Gemeindevorstellungen fordern ein Eingreifen der Regierung.

Die Preistreiberien in England.

Kopenhagen, 6. Februar. (W. Z. B.) „Nationaltidende“ meldet aus London: In einer zahlreich besuchten Versammlung in Liverpool wurde ein Beschluß angenommen, die Regierung aufzufordern, den Transport zu organisieren. Der Vorstand der Liverpooler Homeporters erklärte, daß die Verhältnisse zu den bestehenden Preisen nicht berechtigen. Die Preise für Futtermittel und Kohlen hätten durch Mangel an Hafenarbeitern und die Weizenpelletation in Amerika eine Höhe erreicht, die durch die Kriegslage nicht gerechtfertigt sei. Ungeheure Mengen Korn und Futtermittel würden zurückgehalten und die Waren zu Maximalpreisen an den Markt gebracht. Das Handelsministerium sollte einen Ausschuss ein, der die Frage, wie die Ueberfüllung der Häfen und die Preistreiberien zu beseitigen seien, prüfen soll.

Die englischen Kriegsheer gegen die Opposition.

London, 6. Februar. (W. Z. B.) Die „Morningpost“ polemisiert gegen die neugegründete Union of Democratic Control unter der Führung von Konstantin Macdonald, Edmund Morel und Norman Angell. Der Verein befürwortet zwar nicht, die Waffen niederzulegen, aber die geplante Ausbreitung seines Einflusses könne nur die verderbliche Wirkung haben, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Lebensinteresse der Nation abzulenken, nämlich der heroischen Fortführung des Krieges, bis der Feind vollständig zerschmettert sei. Die Nation solle keine vorzeitigen Erleichterungen der Friedensbedingungen gestatten, die irgendwie die Fortsetzung des Kampfes zu einem siegreichen Ende beeinträchtigen könnten. Die neue Organisation könne, wenn sie nicht in Schranken gehalten würde, zu einem Mittel werden, wodurch England der Früchte seiner Siege und des Schadenerlasses für seine ungeheuren Opfer beraubt werden könnte.

Eine Kundgebung englischer Sozialisten.

London, 6. Februar. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Eine Anzahl bekannter Sozialisten, darunter Hyndman und Thorne veröffentlichten ein Manifest, worin sie erklären, die gesamte (?) Organisation der Arbeiterklasse Großbritanniens erkenne an, daß der Krieg fortzudauern müsse, bis die von Breuchen ausgehende Bedrohung des Friedens und der Freiheit wirksam beseitigt sei. Der Friede sei weder erwünscht, noch überhaupt zu erörtern, ehe Belgien und Frankreich völlig befreit seien.

Diese Kundgebung steht in Widerspruch zu denen der stärksten sozialistischen Gruppe England, der Unabhängigen Arbeiterpartei. Die Haltung Hyndmans hat allerdings schon deshalb nichts Überraschendes, da Hyndman bereits in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch eine den Prinzipien der Internationale widersprechende Stellung in der Rüstungsfrage eingenommen hatte. Er mußte damals den Vorsitz in seiner Gruppe niederlegen, daß solche Kundgebungen in schroffem Widerspruch mit den Aufgaben sozialistischer Politik während der Kriegszeit stehen, braucht wohl nicht erst näher begründet zu werden.

Schulkinder für Landarbeit.

Amsterdam, 6. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Vorsitzende des englischen Unterrichtsamts lehnte am Donnerstag entschieden die vorgeschlagene Aufhebung der Schulpflicht für 14jährige Knaben in allen Landbezirken ab. Das wäre Sache der Gesetzgebung. Er erklärte jedoch, daß ihm die Nacht fehle, die von lokalen Schulbehörden verfügten Suspensionen der Vorschriften aufzuheben.

Die holländischen Sozialisten und der Krieg.

Amsterdam, 6. Februar 1915. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Humaniteit“ teilt mit, daß der Holländer van Kol am Donnerstag einer Proklamation beistimmte und in dieser die Hoffnung auf den französischen Sieg ausdrückte und ferner erklärte, daß in den meisten von ihm besuchten Ländern die Mehrheit der Partei die Haltung der französischen Sozialisten billigt. Dieser Ausdruck ist nicht tragisch zu nehmen, denn van Kol ist zwar ein sehr sympathischer demokratischer Romanist, aber mehr ein irrender Ritter in Juliane als im modernen Sozialismus zu Hause. Er hat in der Partei keinen Einfluß. Immerhin ist sein Auftreten nach dem Auftreten Bliegens unerwünscht, namentlich für die holländische Regierung, da er Senator ist. Der Rotterdammer „Courant“ tadelt solche amneuralen Erklärungen, denen im Auslande leicht mehr Gewicht beigemessen wird, als sie verdienen. Eine Propaganda wie die Bliegens und van Kols sei jedenfalls zu nichts gut und könnte unter Umständen gefährlich werden.

„Het Volk“ gibt eine Behauptung der „Independance Belge“ wieder, nach der Troelsche, dessen Haltung Deutschland gegenüber von holländischen Sozialisten beurteilt worden sei, jetzt Beschlüssen abhalte, um diese Stimmung durch Reden, welche der wahren Neutralität näher kommen, zu überwinden. „Het Volk“ erklärt, daß Troelsche die Notwendigkeit strikter Neutralität sofort nach Kriegsbeginn betont hätte und an dieser seiner Erklärung auch festhalte. Die Behauptung der „Independance Belge“ gehöre zu den belgischen Legenden über die Neutralitätsverletzung durch die holländische Regierung.

Die Neutralität Norwegens.

Kristiania, 6. Februar. (W. Z. B.) Das Blatt des gegenwärtigen Regierungschefs, „Norske Intelligensblad“, schreibt über den Vortrag des früheren Staatsministers Konow über den Antrag, daß Herr Konow Minister gewesen ist, gibt seinen Worten im Auslande ein Gewicht, das sie in Wirklichkeit hier nicht haben. Aus diesem Grunde muß betont werden, daß die Stellung Norwegens absolut neutral ist. Wenn Konow sagt, die norwegischen Sympathien seien auf Seiten der Westmächte, so muß dazu betont werden, daß Konow die Sympathie nicht genug kennt, um sich darüber auszusprechen zu können. In Wirklichkeit sind die Sympathien hier im Lande sehr geteilt. Konow hat keine Befugnis, sich über unsere Sympathien auszusprechen. Dasselbe gilt in noch höherem Grade von der Frage, wo unsere Interessen liegen. Das ganze Interesse unseres Landes liegt im Bewahren des guten und friedlichen Verhältnisses zu allen Seiten. Man sollte von Konow das Verhalten erwarten haben, daß ein solches Auftreten seinerseits in kritischen Zeiten großen Schaden stiften kann. Was er getan hat, kann nicht genug bedauert und getadelt werden.

Deutsche Gefangene in Marokko.

Paris, 6. Februar. (W. Z. B.) Wie der „Temps“ berichtet, befinden sich seit dem 1. Februar 4000 deutsche Kriegsgefangene in Marokko. Sie sind in Abteilungen von 100 bis 300 Mann in den Gebieten der Schauja und Duffala untergebracht (2000 im Bezirk von Rabat, 1500 im Bezirk von Jès und 500 im Bezirk von Meknes). Sie erhalten denselben Sold wie die französischen Soldaten und dazu einen Zuschlag von 20 Cent. für jeden Arbeitstag. Die Gefangenen werden zu Straßen- und Erdarbeiten herangezogen. Die Disziplin ist sehr gut, der Gesundheitszustand gut.

Eine Hilfsaktion für Rußisch-Polen.

Berlin, den 6. Februar 1915. (W. Z. B.) Unter dem Vorsitz des Fürsten v. Saynow, Herzog zu Trachenberg, fand heute nachmittags im Reichstagsgebäude eine Versammlung herporragender Persönlichkeiten statt, die zur Bildung eines Internationalen Zentralkomitees zur Unterstützung der Bevölkerung in den von deutschen Truppen besetzten Teilen Rußisch-Polens schritten. Fürst Saynow eröffnete die Sitzung mit einer Schilderung der namenlos traurigen Zustände in Rußisch-Polen und bat, ein Deutsches Zentral-Hilfskomitee zu wählen für Geldsammlungen in Deutschland zur Beschaffung von Brotgetreide. Nach ihm nahm der amerikanische Vorkämpfer Gerard das Wort und teilte mit, daß Rockefeller in Amerika ein Hilfskomitee begründet habe und der hier anwesende Präsident des amerikanischen Roten Kreuzes, Bidwell, ebenfalls seine Person in den Dienst der guten Sache stellen wolle.

Darauf erfolgte die Festsetzung des Arbeitsausschusses des Internationalen Zentralkomitees. Ihm gehören an der amerikanische und der spanische Vorkämpfer in Berlin und Wien, der Erzbischof von Vosen, der Erzbischof von Krakau und der amerikanische Philantrop Jakob H. Schiff. Der Generaldirektor mit einer großen Anzahl Hilfskräfte soll seinen Sitz in Berlin haben. Die enormen Verwaltungskosten trägt in hochgradiger Weise Rockefeller, sodas sämtliche Spenden ausschließlich den Notleidenden zugute kommen werden. Besonders Interesse bringen dem Plane die Oberste Seeresleitung und Generalfeldmarschall von Hindenburg entgegen. Nach der Bereitwilligkeitserklärung des österreichisch-ungarischen Vorkämpfers Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, mit allen seinen Kräften an der Durchführung der Idee mitzuwirken, werden auf Vorschlag des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf in den Arbeitsausschuss der Deutschen Hilfskomitees Fürst Saynow zum Präsidenten, Ministerialdirektor Dr. Lemald zu seinem Stellvertreter und Direktor Gutmann von der Dresdener Bank zum Geschäftsführer gewählt. Nachdem auch der spanische Vorkämpfer Polo de Bernabe der Versammlung eröffnete hatte, daß er ebenfalls mit seiner ganzen Verantwortlichkeit für die gute Sache eintreten wolle, sprach zum Schluß Fürst Saynow die Hoffnung aus, daß dieses Werk der Vorkämpferzeit schnell und prägnant in die Wege geleitet werde. Große Dankentwässerungen haben bereits namhafte Summen gesammelt und sind bereit, Zahlstellen für einlaufende Gelder überall einzurichten.

Der von allen Anwesenden genehmigte Aufruf zu der Hilfsaktion hat folgenden Wortlaut:

„Zeit Monaten ist Rußisch-Polen der Schauplatz erbitterter Kämpfe. Der Bevölkerung des Landes sind auch die härtesten Leiden des Krieges nicht erspart geblieben. Weiße Erden des Landes sind verwüstet, zahlreiche Leichnamen dem Erdboden gleich gemacht. Die Industrie, auf den Abzug nach Rußland angewiesen, ist zum Stillstand gekommen. Nahrungsmittel, deren Zufuhr aus dem Süden Rußlands erfolgte, sind erschöpft, es fehlt an Brot und Kohlen. Die ärmere Bevölkerung ist in Gefahr, von Hunger und Entbehrungen heimgeführt, Tausende zum Opfer zu fallen, die weit über die Landesgrenzen hinausgreifen können.“

Eine internationale Kommission hat sich die Aufgabe gesetzt, hier Hilfe zu bringen. Sie will es übernehmen, die erforderlichen Lebensbedürfnisse im neutralen Ausland zu beschaffen und nach Rußisch-Polen einzuführen. Es gilt namentlich, für dieses Liebeswerk auch in Deutschland, das keine Lebensmittel abgeben kann und darf, die erforderlichen Geldmittel zu sammeln.

So richtet sich unsere Bitte an unsere Landsleute: Helft alle zu Eurem Teile, soweit Ihr es vermögt! Die Opferwilligkeit des deutschen Volkes wird an den Grenzen des Landes nicht halt machen wollen, wenn es gibt, unglückliche Mitmenschen vor Elend und Untergang zu bewahren.“

Kriegsbekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Feldpostbriefe nach dem Feldheer im Gewicht über 250 Gramm bis 500 Gramm werden bis auf weiteres für unbeschränkte Zeit zugelassen. Die Gebühr beträgt 20 Pf.

Der Staatssekretär des Reichspostamts.

Kraetke.

Mißbrauch der Feldpost.

Einzelne Fälle mißbräuchlicher Verwendung der Feldpost durch Soldaten und ihre Angehörigen sind bereits zur öffentlichen Kenntnis gekommen. Namentlich gefiel sich dazu ein weiterer Fall der Abwehr fordert. Ein Kriemartens- oder Postkartennummer übermittelte größere Mengen von Postkarten an einzelne Soldaten, deren Adresse er in Erfahrung gebracht hat, und bittet um Absendung an seine Adresse. Nach seiner Angabe sammelt er Feldpoststempel. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Sammlung der Spionage dienen kann. Den Soldaten ist daher verboten worden, derartigen Auforderungen zu entsprechen. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Verwendung solcher Karten außerdem eine überflüssige Belastung der Feldpost bedeutet.

An die österreichisch-ungarischen Wehrpflichtigen.

Die bei der Landsturmmusterung in Berlin als zum Landsturmbienste mit der Waffe „geeignet“ erkannten österreichischen und ungarischen Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1878 bis 1890 haben am 15. Februar 1915 zur aktiven Dienstleistung einzurücken.

Dieselben haben sich am 15. Februar 1915 bei dem k. k. Landwehr-Ergänzungs-Bezirkskommando, welches von ihrem derzeitigen Aufenthaltsorte das nächstgelegene in Oesterreich ist, zu melden.

Dieses k. k. Landwehr-Ergänzungs-Bezirkskommando wird hierauf die Weiterbeförderung jedes einzelnen Landsturmpflichtigen zum zuständigen Ergänzungs-Bezirkskommando veranlassen.

Für den Amtsbezirk des k. k. Generalkonsulates Berlin kommen als Meldestellen die k. k. Landwehr-Ergänzungs-Bezirkskommandos in Leitmeritz, Komotau, Turnau und Uger zunächst in Betracht.

Ein weiterer schriftlicher Einrückungsbescheid an die geeignet befundenen Landsturmpflichtigen wird nicht mehr erlassen.

Die geeignet befundenen Landsturmpflichtigen genießen auf Grund ihrer Landsturmlegitimationsblätter gegen Verweigerung derselben freie Eisenbahnfahrt in Deutschland sowie in Oesterreich-Ungarn.

Berlin, Februar 1915.

Der k. und k. Generalkonsul
Szarbath.

Letzte Nachrichten.

Wilhelm II. an der Ostfront.

Amlich, Berlin, 6. Februar. (W. Z. B.) Seine Majestät der Kaiser hat sich über Czestochau auf den östlichen Kriegsschauplatz begeben.

Eine sozialistische Intervention für Burkwel.

Paris, 6. Februar. „Temps“ meldet: Die Kammergruppe der geeinigten Sozialisten hat eine Abordnung beauftragt, Delegration um eine Intervention bei der russischen Regierung zugunsten Burkwels zu bitten.

Vertagung des Senats.

Paris, 6. Februar. (W. Z. B.) Der Senat hat sich auf den 18. Februar vertagt.

Kriegsgefangene Buren.

London, 6. Februar. (W. Z. B.) Das Neuterische Bureau meldet aus Kapsstad vom 4. d. M.: Kemp, Morkie und Debilliers kamen unter dem Schutze der weißen Flagge am 30. 1. nach Upington. Das Ergebnis der Besprechungen war, daß sich Kemp, 40 andere Offiziere und 517 Mann ergaben. Die Kriegsgefangenen sind meist aus Transvaal und dem Freistaat. Kemp ist krank und wurde in ein Lazarett geschickt.

Untergang eines Dampfers.

Santander, 6. Februar. (W. Z. B.) Meldung der „Agencia Novas“. Der Ueberseesdampfer „Alfonso“ ist im hiesigen Hafen infolge eines Lecks untergegangen. Die Besatzung konnte gerettet werden.

HERMANN TIETZ

Weisse Woche

Fortsetzung des grossen Verkaufs in den Lichtböfen u. sämtlichen Abteilungen unseres Hauses zu bekannt billigen Preisen

Weisse Kinder-Kleidung

Ein Posten
Untertailen
zum Teil auch
amerikanische Formen
95 Pf., 145 195

Stick-Mädch.-Kleid. 45-60 cm **275 400 550 725**
a. verschied. weiß Stoff., beste Ausfüh. lang . . .
Stick-Mädch.-Kleid. 65-80 cm **375 525 700 900**
a. verschied. weiß Stoff., beste Ausfüh. lang . . .
Stick-Mädch.-Kleid. 85-100 cm **475 650 850 1075**
a. verschied. weiß Stoff., beste Ausfüh. lang . . .
Kittel-Kleidchen 45-60 cm **85 Pf. 195 bis 350**
f. Knab. u. Mädch., darunt. bestickte Form. lang . . .

Dress
Handtücher 590
gef. u. geb. 46/110 cm Dh.
Wischtücher 390
gef. u. geb. 60/60 cm Dh.

Kind-Wäsche
Mädchen-Hemden 65 Pf. 185
in 12 Größen 40-100 cm lang
Mädchen-Beinkleid. 70 Pf. 150
Knieform in 8 Größen

Schürzen
Teeschürzen aus gutem Batist mit reichem Stick- u. Reigenarngen . . . **95 Pf. 125**
Teeschürzen aus vorzüglichem Batist mit guter Stickerei . . . **145 195**
Servierschürzen aus gutem Stoff m. schöner Stickereiarngarnierung . . . **95 Pf. 135**
Servierschürzen Blusenform, a. vorzügl. Stoff mit gut. Stickerei . . . **145 195**

Hauschürzen aus gutem weißen Stoff . . . **95 Pf. 125**
Kinderschürzen aus gutem gestreiften Batist mit schöner Stickerei . . . **125**
Kinderschürzen aus vorzüglich. Batist mit guter Stickereiarngarnierung . . . **145**
Kinderschürzen aus vorz. Batist 45-60 65-80 mit gut. reicher Stickereiarngarnierung und Bindeband . . . **195 225**

Reinleinen
Tischtücher 365
vollweiß ca. 128 160 cm
Mundtuch. 525
Jacquard . . 60/60 cm

Louisianatuch Marke „Extra Spezial“
Kupon **590** Kupon **1170**
10 Nr. 20 Nr.

Renforcé Marke „Edelweiß“
10 Meter **550** 20 Meter **1090**

Hemdentuch Marke Hausbuch
10 Meter **650** 20 Meter **1290**

Mafo Tuch Marke Edelbuch
10 Meter **720** 20 Meter **1420**

Verband der Freien Volkshöhlen
Sonntag, 7. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Jedermann.
Nachmittags 3 Uhr:
Volkshöhle, Theater am Bülowplatz: Die Kreuzschreiber.
Schiller-Theater Charlottenburg: Die Hermannschlacht.
Leffing-Theater: Zillom.
Montis Operetten-Theater: Der lachende Ehemann.
Deutsches Opernhaus: Fra Diavolo.
Abends 8 1/2 Uhr:
Volkshöhle, Theater am Bülowplatz: Sonntag bis Sonnabend: Die Kreuzschreiber.
Theater für Sonntag, 7. Februar:
Berliner Theater
8 Uhr: „Extrablätter!“
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
3 Uhr: Fra Diavolo.
7 Uhr: Siegfried.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
3 Uhr: Gasparone.
8 Uhr: Figaros Hochzeit.
Geb. Herrfeld-Theater
8 Uhr: Familie Plaschek. Heilbring contra Heilbring.
Kleines Theater
3 1/2 U.: Jettchen Gebert.
8 Uhr: Der kategorische Imperativ.
Komische Oper (a. d. Weiden-dammerbrücke)
3 1/2 U.: Erstaufführung: Von Stufe zu Stufe.
8.10U.: Gold gab ich für Eisen
Komödienhaus
8 Uhr: Biedermeier.
Lessing-Theater
3 Uhr: Lillom.
8 Uhr: Ein Volksfeind.
Lustspielhaus
3 1/2 U.: Das Leutnantsmündel.
8 1/2 U.: Die Orientreise.
Metropol-Theater
8 Uhr: Woran wir denken!
Montis Operetten-Theater
3 Uhr: Der lach. Ehemann.
8 Uhr: Der liebe Pepl.
Residenz-Theater
3 Uhr: Der Herr Senator.
8 Uhr: Die Schöne vom Strand.
Rose-Theater
8 Uhr: Else vom Erlenhof.
8 Uhr: Sein ganzes Glück.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Des Meeres u. d. Liebe Wellen

Schiller-Th. Charlottenbg.
3 Uhr: Die Hermannschlacht.
8 Uhr: Der gute Bürger.
Thalia-Theater
3 Uhr: Helmat.
8 Uhr: Kam'rad Männe.
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 U.: Z.I.M.: Der Graf v. Luxemburg
8 1/2 U.: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Rund um die Liebe
8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 U.: Herodes und Mariamme.
Trianon-Theater
8 1/2 U.: Das Liebesnest.
3 1/2 U.: Die Waise aus Lowood.
Volkshöhle, Theater am Bülowplatz
8 1/2 U.: Die Kreuzschreiber.
Walhalla-Theater
3 Uhr: Krümel vor Paris.
URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (Halbe Preise): Auf den Schlachtfeldern Ostpreußens.
Abends 8 Uhr: Die Vogesen und ihre Kampfstätten.
Montag 4 Uhr (Halbe Preise): Auf den Schlachtfeldern Ostpreußens
Montag 8 Uhr: Die Vogesen und ihre Kampfstätten.
WINTERGARTEN
Heute mit **2 Vorstellungen 2**
Nachm. 3 Uhr: Johanna Terwin v. Deutsches Theater.
Abends 8 Uhr: Jakob Tiedtke vom Lessing-Theater.
Serena Nord mit ihren Wassernymphen. — Rosa Feisegg mit ihrem Aeroplan — Else Berna Operettensängerin sow. der neue Februar-Spielplan.
Kleine Preise!
Kinder nachm. halbe Preise!
National-Theater (Köpenicker Straße)
früher Neue Freie Volksbühne.
Dir. Emil Licht.
Eröffnungs-Vorstellung:
Sonntag, d. 7. Febr., abends 8 Uhr: Wenn der Landsturm kommt.

Männerchor Moabit
(Mitgl. d. D. A.-S.-B.) Chorleiter: H. Teßmann.
Sonnabend, den 13. Februar 1915, — abends 9 Uhr, —
im Stadttheater, Alt-Moabit 47/48:
Wohltätigkeits-Konzert
zum Besten der Kinderschutz-Kommission
unter gütiger Mitwirkung von Anna-Liese Wagner-Gronwald (Sopran und Lieder zur Laute), der Gesangsvereine „Silberchor“-Berlin, „Immergrün“-Tegel und „Zukunft“-Nieder-Schönhausen (M. d. D. A.-S.-B.) sowie des Künstler-Quintetts von Hoffelder.
Eintritt 50 Pfennig. 4/8

Zirkus Alb. Schumann
Sonntag, den 7. Februar 1915:
2 Große Vorstellungen 2
nachm. 3 1/2 u. abds. 7 1/2 Uhr.
Nachm. hat jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind unter 12 Jahren frei, jedes weit. Kind unt. 12 J. die Hälfte.
In beiden Vorstell. ungekürzt
Ost und West.
In der Nachmittagsvorstellung wird in d. Schaustück nicht geschossen. In beid. Vorstellg. Saxon-Trio mit seiner lebenden Automobilbrücke. Weise mit sein 5 Bären. Der fallende Mensch Octavio dr. Affen, Hunde, Katzen

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Weihnachtsabend
im Schützen-graben
von 7 1/2 bis 11 1/2 Uhr.

Casino-Theater.
Lottbinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Das gr. Februar-Edelweiß-Programm
Fritz Brand Weida Braatz
Lucio Bernardo Gebrüder Roberts
Nur noch kurze Zeit:
Durch dick und dünn.
Sonnt. 4 Uhr: Durch Klippen u. Wellen
Theater Folies-Caprice
8 1/2 Possen-Theater 8 1/2
Moritz wird energisch.
Das Leutnantsfenster.
Landwehrlente.
Martin Kettner a. G.
Voigt-Theater.
Badstr. 58.
Sonntag, den 7. Febr. nar:
Der Weidhensfresser.
Lustspiel in 4 Akten.
Montag: Der Fall Clemenceau.
Ständestellung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

AM ZOO **Palast-Theater**
Täglich 8 Uhr:
„Muttchen hat's Wort“
v. Otto Reutter u. M. Reichardt
mit Karl Geßner, Paul Otto,
Steffi Margreiter etc.
Heute 3 1/2 Uhr: zu kl. Preisen:
„Wir Barbaren“.

Spezialhaus für solide Teppiche
Prachtstücke 6.—, 10—
20— bis 800.— Mark
Portieren, Möbelstoffe, Schlafdecken, Gardinen, Steppdecken, Wolldecken (fürs Feld)
Deutsches Teppichhaus
Emil Lefevre
Berlin S Oranienstr. 158
Spezialkatalog kostenlos und portofrei.

August Götzes
Restaurant Bierklause
Weissenhof, Berliner Allee 238.
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein
Familien-Lokal.
Gute Speisen und Getränke.
Mittags-Tisch.
Jeden Sonnabend und Sonntag:
Künstlerkonzert

J. Baer
Barlstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knabenknoten, Berufskleidung, Elegante Paletots, Eleg. Einsegnungs-Anzüge in jed. Preislag.
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung.
Billigste, feste Preise.

Offene Füße
Krampfadergeschwäre, wenn auch versäetete, schmerzhaft Wunden, Entzündung, unerträgl. Jucken heilt ohne Nachteil laut vielen Erfolgsberichten die echte „Oinda-Salbe“. Absolut milde naturgemäße Wirkung; überaus wohltuend. Dose M. 1.— u. 2.50.
O. Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Baugenossenschaft „Ideal“. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Bilanz per 30. September 1914.

I. Aktiva.		II. Passiva.	
Rassenbestand	837,57	Hypotheken	3277,50,—
Bausparbänken	69264,15	Grundstück bish. ungebaut (Reitanfeld)	246465,70
Vorkaufguthaben	145,27	Obligations-Darlehen	819 0,—
Grundstücke und Bauten	3991755,64	Reserve	24074,26
Abreibung	16350,88	Sparfasse	120730,10
Bureau-Inventar	2995,—	Sparmarken	165,25
Abreibung	695,—	Allgemeine Ortskrankenkasse	4818,40
Haus-Inventar	2450,90	Rentoren-Akreditoren	84229,24
Abreibung	458,90	Richtkonto	1663,70
Restaurations-Inventar	1338,92	Hypothekenzinsen per 1. Oktober 1914	24213,62
Abreibung	138,92	Obligationszinsen per 1. Oktober 1914	1682,—
Spielplätze	499,—		
Abreibung	100,—	III. Vermögen.	157352,57
Mietkassenfunde	12591,23	Anteile der Mitglieder	10907,49
Abreibung	8215,65	Gesetzlicher Reservefonds	600,—
Lager	215,88	Hilfsreservefonds	
Vollkassen	174,47	IV. Gewinn.	10742,30
	4057387,63	Reingewinn	4057387,63
III. Passiva.	1506		
Mitgliederbestand am 30. September 1913	1506	Geschäftsguthaben am 30. September 1913	233481,16
Zum Laufe des Jahres eingetreten	170	30. 1914	157352,57
Ausgetreten durch Kündigung	137	Die Geschäftsguthaben verringerten sich um	95128,52
„ „ „ „ „ „ „ „	8	Satzsumme am 30. September 1913	317000,—
„ „ „ „ „ „ „ „	9	30. 1914	318400,—
„ „ „ „ „ „ „ „	2	Die Satzsumme vermehrte sich also um	1400,—
Mitgliederbestand am 30. September 1914	1629	Der Aufsichtsrat: Emil Wutzky.	
Der Vorstand: C. Hücke.	107/16		

Realismus und Utopismus in den Gewerkschaften.

Von Dr. Adolf Braun*.)

I.

Wir haben diesen Weltkrieg ebenso häufig und energisch vorausgesagt, als wir ihn unvorbereitet gegenüberstanden. Dieses gilt für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt, für die der Kriegführenden Staaten und die der neutralen Staaten, für die politische Arbeiterbewegung wie für die gewerkschaftliche und gewerkschaftliche. Und zwar wieder für die aller Länder, für die der Kriegführenden wie für die der neutralen. Gerade weil wir so völlig unvorbereitet diesem gewaltigsten Zusammenstoß in der Geschichte der Menschheit und seinen Wirkungen auf alle Organisationen, Einrichtungen, Beziehungen und Individuen gegenüberstanden und gegenüberstehen, gerade deshalb hat dieser Krieg noch weit stärkere Wirkungen innerhalb der Arbeiterbewegung ausgelöst, als wir das jemals für möglich erachten konnten. Mangel der Schulung der Arbeiter, mancherlei Unterlassungen bei der Erziehung der Massen kommen nun in weiteren Kreisen zum Bewußtsein, als das vor dem Kriege gewesen ist.

Was vielleicht das ersichtlichste ist, ist die Auffassung, daß dieser Krieg, dessen Entscheidungen und Nachwirkungen niemand voraussagen kann, daß dieser Krieg bei vielen Menschen heute schon als nicht nur für den Augenblick an Stelle des Friedenszustandes Getretenes, sondern als das dauernde der Menschheit bestimmende betrachtet wird. Es gibt viele — leugnen wir es nicht, auch in der Arbeiterbewegung —, die alles, was während des Friedens zum Gemeingut unserer Anschauungen, unserer Kritik, unserer Beziehungen geworden ist, wie ein verächtliches Stück Makulatur behandeln, das nur zurückgeliebene und unelastische Menschen, aber nicht Politiker, die ihre Ziele verfolgen, als irgend- wie bedeutsam betrachten können. Die neuen Beweise müssen nicht gerade die geschältesten und geschältesten Genossen sein, wenn sie sich auch stets dafür halten, gerade weil sie nur den Tag sehen, an das Gelingen leicht vergessen und ihre Hoffnungen für den morgigen Tag als Realitäten nicht nur betrachten, sondern, was viel merkwürdiger ist, auch von den anderen betrachtet wissen wollen.

Heute in allem an das, was nach dem Kriege erwartet wird, und an die Infolge des Krieges heute als notwendig erachteten inneren Maßnahmen anzuknüpfen und völlig aufzusuchen das, was der Massenkampf in der Zeit vor dem Weltkrieg ergeben hat, das ist eine Tendenz, die man immer mehr beobachten kann. Am meisten fällt sie auf bei den Arbeitern, deren große Lehrmeister nicht nur die Zusammenhänge der Wirtschaft, sondern auch die Ursachen des geschichtlichen Geschehens enthält haben. Jetzt sollen wir ganz ungeschicklich geworden sein und uns aufs Mannesziehen verlegen, wie es der Beruf des bürgerlichen Bellartillers ist, der den Tag und was dieser Tag gebracht hat, allein entscheiden lassen will über politische Ziele wie über wirtschaftliche Entwicklungen, und der das auch richtig tun kann, weil er ja doch am nächsten Tage wieder anders schreiben kann, keinerlei Verantwortung in sich fühlt und ruhig darauf hoffen kann, daß man seinen Stillübungen keinerlei Bedeutung zumißt. Was der Tag bringt, verweist auch der Tag, und es ist gleich, weil dem verantwortungslosen heute ein verantwortungsloses morgen folgt. So dürfen aber nicht wir denken, selbst auf die Gefahr hin, von diesen Politikern nicht als voll genommen zu werden.

So merkwürdig diese Betrachtungen sein mögen — sie gelten nicht nur für Deutschland —, so sind sie aber verständlich bei Parlamentariern, Kurpolitikern und Journalisten, die durch die sich

scheinbar täglich stark ändernde Umwelt, manchmal auch durch eine Ueberfälligkeit des auf dem Boden des Parlamentarismus und auf den Wegen des Verhandels mit Ministern und Geheimräten durchgeführten und Möglichen zu einer beartigt unpraktischen, aber ihnen sehr praktisch scheinenden Politik verführt werden. Viel merkwürdiger erscheinen ähnliche Umwandlungen der Gedankenwelt, die wir bei einzelnen in den Gewerkschaften wirkenden Arbeitern zu beobachten haben. Wer sich an die jähren und nur wegen des unerhellten Objektes oft nicht immer ganz verständlichen Kämpfe gegen die harmonisierenden Christ-Dunderschen Gewerksvereine erinnert, der wird es schwer begreifen, daß es heute in der Gewerkschaft tätige Arbeiter gibt, die man politische Christ-Dundersianer nennen könnte und die alles zurückdrängen suchen, was die Gegensätzlichkeit gegen das Bürgerium und gegen den Kapitalismus zum Ausdruck bringen soll.

Der Gedanke, der den Massenwünschen Arbeitern zur zweiten Natur geworden zu sein scheint, daß die Wirtschaftspolitik des Proletariats im Grundwiderpruch zu der der Kapitalisten steht, scheint aus vielen Köpfen weggeschwemmt zu sein. Das ist um so merkwürdiger, als uns doch viele Tatsachen immer wieder von neuem befehlen, daß nur unter der Ducht des Krieges diese Gegensätzlichkeit zum zeitweiligen Schweigen gebracht werden konnte, aber trotz Burgfriedens und Jenseit doch immer wieder von dort scharf beobachtenden zu erkennen ist. Aber gesetzt auch den Fall, daß alles für die Arbeiter in diesen Kriegsjahren so gut wäre, als es in so schweren Kriegsjahren überhaupt sein könnte, so muß doch in unser Bewußtsein die so naheliegende Erkenntnis übergehen, daß der Krieg, so gewaltig auch seine zerstörende Wirkung und die machtvollen Tatsachen sind, die er schafft, daß doch dieser Krieg nichts Dauerndes ist und sein kann, und daß doch an weit mehr anzuknüpfen sein wird nach dem Kriege, was zur Friedenszeit gewesen ist, als an das, wie es sich während des Krieges gestaltet hat. Was nach dem Kriege kommen wird, so dunkel es uns auch heute ist, wird sicherlich in weit höherem Maße an die ganzen Ergebnisse der kapitalistischen Entwicklung, wie sie sich im letzten Jahrhundert bis zum Juli 1914 abgespielt haben, anknüpfen, als an das, was dieser Krieg neues schaffen kann und als Folgeerscheinung in seinem Schöße birgt. Sicherlich wird niemand annehmen können, daß uns dieser Krieg eine einfache und ungezwungene Anknüpfung erlauben wird an die Arbeit unserer Organisationen aller Art, wie sie bis zum Tage, vor dem Krieg und als Tatsache vor Augen führte, gewirkt haben. Das wäre sicherlich utopisch. Aber tausendfach utopischer erscheint mir der Gedanke, daß all das durch den Krieg bedeutungslos werden konnte, was die Geschichte des Kapitalismus und die Wirksamkeit aller organisatorischen Bindungen im Rahmen des Kapitalismus und zur Bekämpfung seiner Wirkungen gezeitigt haben.

Zu den merkwürdigsten Erscheinungen dieses Weltkrieges, der die schwersten Opfer von den Völkern und von ihrer Jungmannschaft fordert, gehört der Optimismus über das, was diesem Kriege folgen wird. Niemand weiß, wie er ausgeht wird, jedermann weiß, daß dieser Krieg nicht nur viele Hunderttausende Menschen aus dem Leben und aus dem künftigen Wirtschaftsprozess ausschaltet, daß er auch ungeheure Gütermengen zerstört. Man braucht ja nur auf die Anleiheziffern — die freilich noch lange nicht alles sagen — zu sehen, um zu wissen, daß ungeheure, heute schon nicht vorstellbare und für den weiteren Verlauf des Krieges nicht abschätzbare Vernichtungen von Gütern, Zerstörung eines sehr beträchtlichen Teiles des umlaufenden Kapitals und vielmehr, wenn auch nicht so stark Vernichtungen des stehenden Kapitals seine Folge sind und noch mehr sein werden. Das heißt, daß unser Produktionsprozess — und wieder meine ich mit „unser“ die ganze Weltwirtschaft — durch diesen Krieg gewaltig zurückgeworfen werden wird. Wir haben immer das Bedürfnis nach einem Vergleichsobjekt, bei diesem Kriege ist es der von 1870/71, den wir heranziehen. Die Vorstellung des wirtschaftlichen Aufschwunges nach dem Deutsch-Französischen Kriege umfaßt viele mit dem schmeichelnden Gedanken, daß der Krieg, so fürchterlich er auch sein mag, für die ihn Ueberlebenden eine Fülle von Segen nach sich

ziehen wird, eine Wiedergeburt der Wirtschaft in Erscheinung treten lassen wird, er einen Ausgleich alles dessen bringen wird, was uns dieser Krieg an Wunden auf den Schauplätzen kriegerischen Handelns gefolgt hat, wie auf dem Weltmarkt und auf allen heimischen Märkten und in allen Produktionsstätten, soweit sie nicht dem Kriege dienen. Aber ich glaube, daß dieser Vergleich der Jahre, die dem Krieg von 1870/71 folgten, und der Jahre, die dem nun durchlebten Weltkrieg folgen werden, durchaus verfehlt ist. Die Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus überhaupt, des deutschen und des französischen, auch des österreichischen und des russischen, waren nach 1871 fast alle der wirtschaftlichen Hindernisse in jener Periode unvergleichlich größer, als das bei dem zu höchster Entwicklung strebenden und schon vor dem Weltkrieg zu den bedeutendsten organisatorischen Leistungen gelangten Kapitalismus unserer Tage der Fall ist. Denn war der Krieg von 1870/71 ein lokalisiertes und auch auf den Kriegsschauplätzen selbst nicht so stark wirkender Krieg als der gegenwärtige. Die Vermehrung der Werte und die Kosten des Krieges von 1870/71 und 1914/15 lassen sich nicht vergleichen. Ein Wirtschaftskreis, das damals zweitrangige der Welt, trug allein die Kosten des Krieges. Diesmal wird sie die ganze Welt tragen, zwei Drittel dieser Welt stehen im Kriege und fast das ganze letzte Drittel in einer nicht viel weniger kampfspieligen bewaffneten Neutralität. Nicht die Kostenbedeutung dieser Kriege wird nach dem Frieden das Entscheidende sein. Die äußerliche Kostenbedeutung findet ja während des Krieges statt. Die Notwendigkeit des Krieges, der notwendige Wunsch nach dem Siege, koste er, was er wolle, muß während der Kriegszeit die Frage nach den finanziellen Opfern als nebensächlich in den Hintergrund drängen. Aber all die Anleihen, das An-Lehen von 500 Millionen Pfund Sterling (von 10 000 Millionen Mark), die korngangegangenen und die folgenden Anleihen, zu denen sich Großbritannien wird entschließen müssen, sie werden nach dem Kriege bezahlt werden müssen, dazu werden auf Jahrzehnte hinaus laufende Bewilligungen, die Pensionen für die durch den Krieg mehr oder minder Arbeitsunfähigen und für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen kommen. Neue Einnahmeweisen, seien es Steuern oder Monopole, werden geschaffen werden müssen. Was für Großbritannien gilt, gilt für alle anderen Staaten, auch für die neutralen. Der Anteil, den die Einzelwirtschaft, auch die Wirtschaft des Arbeiters, für den Staat, für jeden Staat, für den englischen wie für den italienischen, in direkter oder indirekter Weise wied aufbringen müssen, wird gewaltig in die Höhe schnellen.

Staatliche Beihilfen für Kriegswohlfahrtsausgaben.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Dienstag steht außer der ersten Lesung des Staats auch die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Es handelt sich um die Bereitstellung eines Betrages bis zu 110 Millionen Mark, um Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegswohlfahrtsausgaben Beihilfen zu gewähren. Bekanntlich sind durch den zweiten Nachtrag zum Reichshaushaltsetat 200 Millionen Mark ausgeworfen zur Gewährung von Wochenhilfe während des Krieges sowie zur Unterstützung von Gemeinden und Gemeindeverbänden bei Aufwendungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege. Diese Beihilfen werden für die Zeit vom 1. Januar 1915 ab monatlich bewilligt und unter Verdrängung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes und der Höhe ihrer Leistungen nur für solche durch den Krieg auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege beantragte Aufwendungen gewährt, die über die bisherigen Ausgaben für Wohlfahrtspflege hinausgehen. Es darf nicht mehr als ein Drittel der nach dem 1. Januar entstandenen Gesamtaufwendungen für die Kriegswohlfahrtspflege bewilligt werden, nur ausnahmsweise kann

Zeitung und Krieg.

Auch in vergangenen Zeiten war natürlich das Bedürfnis nach Nachrichten und Neuigkeiten besonders groß, wenn die Kriegsgefahr entzündet war, und so hat denn der Krieg auf die Entstehung und Entwicklung der Zeitung einen bedeutenden Einfluß gewonnen. Die Antike besaß ja in den von Cäsar begründeten „Acta diurna“ nur eine zeitungsmäßige Einrichtung denn es gab bei den Römern noch kein Zeitungswesen in unserem Sinne. Aber auch in den Veröffentlichungen des römischen Staates, die wie heute die Bekanntmachungen der Behörden an allgemein sichtbaren Stellen angebracht wurden, nimmt der Krieg, dieses „ewige Geschäft“ des Römischen Reiches, die wichtigste Stelle ein.

Im Mittelalter wurden Nachrichten zunächst nur durch private Mitteilungen verbreitet. Die ersten Spuren einer Organisation des Nachrichtenwesens finden sich im 12. und 13. Jahrhundert in der Briefbeförderung durch Boten der Klöster, der Universitäten und hoher Würdenträger. Im 14. und 15. Jahrhundert, wo die päpstlichen Botenstationen bereits in umfassender Weise ausgebildet waren, hören wir zum ersten Mal das Wort „Zeitung“, das ursprünglich bedeutet: was in der Zeit geschieht, ein Ereignis der Gegenwart, sodann eine Nachricht über ein solches Ereignis. Westfälisch und Kriegsgeschrei sind der hauptsächlichste Inhalt einer solchen mittelalterlichen „Zeitung“. Briefe, die darüber berichteten, wurden in den Ratsschreibern aufbewahrt. Eine der frühesten dieser zusammenhängenden Berichtserhaltungen bezieht sich auf die Jagde der Armagnaken in den ersten 40er Jahren des 15. Jahrhunderts. Es sind nicht weniger als 188 Briefe über diesen Krieg, die das Stabsarchiv zu Frankfurt a. M. besitzt. Darunter befinden sich allein drei verschiedene Erzählungen der Schlacht von St. Jakob; die eine kommt aus Zürich, die zweite kam aus Straßburg und die dritte wurde vom Kate der Stadt Basel der Frankfurter Ratsschreiber übermittelt.

Allmählich entstanden bestimmte Mittelpunkte, in denen Nachrichten aus aller Welt zusammenfloßen. Die Fürsten und Städte unterhielten an den wichtigsten Plätzen begabte Korrespondenten; ihre Berichte wurden in geschriebenen Zeitungen zusammengestellt, die aber nicht ins Volk drangen. Eifrige Korrespondenten und die Aussicht regelmäßige Empfänger von Neuigkeiten waren die großen Humanisten und Reformatoren des 16. Jahrhunderts. Besonders Melancthon besaß zahlreiche Verbindungen in allen Teilen Deutschlands und der Nachbarländer, mit denen er seine Hand einen reichen Schatz von Nachrichten, mit denen er seine Freunde und namentlich verschiedene Fürsten versorgte. In diesem Briefwechsel Melancthons werden in erster Linie kriegerische Ereignisse abgehandelt, vor allem die Bedrohung der mitteleuropäischen Länder durch die Türken. Geistliche, die der neuen Lehre anhängen, melden aus Ungarn über Wien, Prag und Breslau oder aus Konstantinopel über Venedig von dem Fortgang des Türkenkrieges. Auch sonst erhielt Melancthon eingehende Nachrichten von den verschiedensten Kriegsschauplätzen, die mit allerlei abergläubischen

Erzählungen von Mißgeburten, Blutrügen, Erdbeben, Kometen usw. merkwürdig verbrämt sind. Diese brieflichen Zeitungen wurden gesammelt und verbessert; aber der größte Teil des 16. Jahrhunderts verging, bis ein fündiger Kopf auf den Gedanken kam, diese Berichte zusammen zu drucken und die so gewonnenen Hefte zu bestimmten Zeiten regelmäßig in den Handel zu bringen. Auch dieser wichtige Schritt in der Entwicklung der Zeitung wurde durch ein kriegerisches Ereignis veranlaßt. Es waren die „künstlichen Handel“, bei denen die Mehrheit der Bürger Köln sich gegen den Erzbischof auflehnte. Die Berichte über diesen Konflikt wurden gedruckt und in regelmäßiger Folge veröffentlicht. Sie erhielten den Namen „Rekrelationen“, erschienen halbjährlich und bilden den Keim der modernen Zeitung. Die erste „Relatio“ ward 1583 von Michael von Kling herausgegeben. Die halbjährliche Erscheinungsweise genügte aber nicht mehr, als zu Anfang des 17. Jahrhunderts die Zeiten immer unruhiger wurden, und der dreißigjährige Krieg gab den Anlaß zu Wochensetzungen überzugehen. Solcher allwöchentlich regelmäßig erscheinender gedruckter Zeitungen lassen sich aus den Wer und Wer Jahren des 17. Jahrhunderts in den verschiedenen deutschen Städten etwa zwei Dutzend nachweisen.

So war aus den Stürmen des großen Krieges die deutsche Presse geboren worden, und man hat daher mit Recht die Zeitung ein „Kind und Geschoß des Krieges“ genannt. Der Inhalt bestand zum größten Teil aus Kriegsnachrichten, die freilich noch in einer recht rohen Form mitgeteilt wurden. Die Bewusstseins des Krieges werden z. B. in der Frankfurter „Unparteiischen Zeitung“ vom 6. Dezember 1637 folgendermaßen geschildert: „Das Land sieht nicht mehr, wie zuvor, es ist eine solche Wüstenei, daß es nicht zu glauben. Um Leipzig, Wittenberg, Torgau, Meissen, Würzen, Dresden und andern Orten ist alles unser Land in Grund verderbt, die Dörfer und obeligen Häuser abgebrannt, das Volk hat sich verlorren, ist in der Fremde Hungers gestorben, und also die große Rannschafft, so vor dessen in Defensionweel gebraucht ganz ausgerottet.“ Ueber die Ermordung Wallensteins erfahren wir in der Jülicher „Zeitungspost“: „Ein Commandirter Trupp Dragoner ist zu des Friedländer Quartier geeilet, die Schildwacht, einen Kammertling, einen Pagen (so sie nicht zum Friedländer einlassen wollten) niedergeschossen: In diesem Tumult öffnete der Herzog die Thür, da dann der kommandirte Offizier ihm alsbald einen Stich durch den Leib gegeben: als aber der Herzog sich verwundert und nach seinem Gewehr greiffen wollen, hat er ihm noch zweien Stich gegeben, daß der Herzog darnider gefallen, also daß das Blut in der Stub herumgeschossen...“

Kleines Feuilleton.

Ein Brief von Romain-Rolland.

Der Dichter hat an den Bund „Neues Vaterland“ einen Brief gerichtet, der in der Uebersetzung folgendermaßen lautet:

Gechter Herr! Ich habe Ihren Brief und Ihre Drucksachen erhalten. Vielen Dank. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, mit welcher Sympathie ich Ihre Bestrebungen begrüße. Wo auch immer solche Bestrebungen sich zeigen, sei es in Deutschland, Frankreich oder England, sind für meine Sympathie sicher. Ich habe jedoch russischen Sozialisten Ihre Schriften gegeben. Sie werden den russischen Zeitungen darüber berichten, denn die Sachen haben einen tiefen Eindruck auf sie gemacht.

Vor einiger Zeit schrieb mir ein deutscher Freund, daß bereits vor mehreren Monaten die Professoren Hans Reichenow, Rammstedt, Max Dehio, von Dieck, Furdach usw. sich mit Energie gegen die verhängnisvollen Veröffentlichungen von Rastin, Ostwald, Gaedel u. a. gewandt hätten. Es wäre wichtig, wenn von Ihrer Seite in einer Broschüre diese Veröffentlichungen in richtiger Weise charakterisiert und ihnen Namen von gleicher Autorität als Unterschrift entgegengestellt würden. Die öffentliche Meinung Europas würde sich dann darüber orientieren können, welches die wahren Empfindungen Deutschlands sind...“

Als Deutscher auf der britischen Naturforscherversammlung.

Bei dem allgemeinen Hof wirkt es wohlthuend, den Bericht eines Gelehrten zu lesen, der während des Krieges auf der Naturforscherversammlung in Australien weilte. Nach diesem Bericht, den Professor Goldstein in der „Anschauung“ veröffentlicht, war er mit anderen deutschen Gelehrten einer Einladung zur Jahresversammlung der englischen Naturforscher (8.-11. August) gefolgt. „Alle Männer der Wissenschaft sind Brüder“ lautete die Parole für die Haltung, welche die englischen und australischen Forscher den deutschen Gästen gegenüber einnahmen. Unsere Landleute fanden ein Entgegenkommen, wie es ihnen in Friedenszeiten nicht hätte größer zuteil werden können. Seit der Kriegserklärung hatte sich eine erhebliche Anzahl gaistfreier australischer Bürger gemeldet, die ausdrücklich erlaubten, ihnen deutsche Mitglieder als Gäste zu unterweisen. In allen offiziellen Empfängen, welche die Gouverneure der einzelnen Staaten und in Melbourne außerdem der Generalgouverneur zu Ehren des Kongresses veranstalteten, ergingen regelmäßig auch Einladungen an die deutschen Kongreßmitglieder. Ebenso verbanden die Bürgermeister der vier Kongreßorte zu den städtischen Festen ihre Einladungen auch an die Deutschen. Ein erhebendes Bild lieferte eines Tages die Promotion einer Anzahl Kongreßmitglieder zu Ehrendoktoren in Melbourne. Großer Beifall ertönte aus dem Publikum, als Sir Ernest Rutherford (aus Manchester), der große in Neuseeland geborene Physiker, ausgerufen wurde, um vom Kanzler der Universität sein Ehrendiplom in Empfang zu nehmen — aber noch weit übertrifft wurde dieser laute Beifall durch den tosenden Applaus, mit dem der einzige an diesem Tage promovierte Deutsche, Professor Walther (aus Halle) begrüßt wurde, und noch einmal erhob sich dieser demonstrative Beifallssturm, als der Rektor der Universität Herrn Walther einführte als einen würdigen Sohn jener großen Nation, die schon so viel zu der Summe menschlicher Erkenntnis beigetragen habe.

der Bundesrat mehr als dieses Drittel bewilligen. Der Höchstbetrag an Beihilfen für die Gemeinden und Gemeindeverbände jedes Bundesstaats bestimmt sich nach dem Maßstab der Matrikularbeiträge. In ganz besonderen Fällen kann der Bundesrat zugunsten eines Bundesstaats über diesen Verteilungsmäßig hinübergehen.

Welcher Teilbetrag auf Preußen entfällt, läßt sich vor allem darum nicht genau angeben, weil von den 900 Millionen Mark vorwiegend die Leistungen des Reichs zur Bewährung von Wechsellöhnen während des Krieges abgehen, deren Betrag nicht feststeht. Nach überschläglicher Schätzung rechnet die Regierung nach Abzug dieser Leistungen und unter Zugrundelegung des Matrikularbeitrages mit einem Betrage von 110 Millionen Mark, die auf Preußen entfallen, sie gibt aber zu, daß hiermit das Bedürfnis nicht gedeckt werden kann, denn der Gesamtbeitrag der Ausgaben wird vermutlich jetzt schon mehr als 20 Millionen Mark monatlich ausmachen, und die Zahl der leistungsfähigen Gemeinden und Gemeindeverbände in Preußen ist groß. Aus diesem Grunde soll auch noch aus staatlichen Mitteln ein Betrag bis zu 110 Millionen Mark für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Die Beihilfen aus dem Reichsfonds sollen der Einheitlichkeit wegen nach denselben Grundsätzen bewilligt werden, die für die Beihilfen aus dem Reichsfonds gelten. Mit anderen Worten, sie sollen lediglich in der Form von Zuschüssen zu den Beihilfen aus dem Reichsfonds gegeben werden.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag zum 10. März einberufen.

Der Präsident des Reichstags, Dr. Kaempf, erläßt folgende Bekanntmachung: Die nächste Plenarsitzung des Reichstags findet statt am Mittwoch, den 10. März, nachmittags 2 Uhr. Den Gegenstand der Beratung werde ich demnächst mitteilen.

Eine neue Kriegsanleihe.

Wie in der Regdeburger Stadtverordnetenversammlung am 4. Februar Oberbürgermeister Reimarus mitteilen konnte, wird die neue Kriegsanleihe aller Wahrscheinlichkeit nach zum 1. März aufgelegt werden. Die Meldefrist soll verlängert werden, der erste Einzahlungstermin wird der 1. April 1915 sein, während die weiteren Zahlungsfristen beträchtlich hinausgeschoben werden — etwa auf vier bis fünf Monate.

Daß die zweite deutsche Kriegsanleihe demnächst herauskommen würde, war bekannt, nur über den Termin hatte bisher noch nichts verlautet. Ueber die Ausgabebedingungen ist auch noch nichts bekannt, jedoch soll man mit der Möglichkeit eines höheren Emissionsfußes rechnen.

Zur Tagung des preussischen Landtags.

In einer Besprechung der Parteiführer des preussischen Abgeordnetenhauses unter dem Vorsitz des Präsidenten, zu der diesmal auch die Sozialdemokraten hinzugezogen waren, hat man sich einstimmig dahin verständigt, den Etat der verfassten Budgetkommission zu überweisen und der sozialdemokratischen Fraktion einen Sitz in der Kommission einzuräumen.

Kampf um die Zukunft.

Der Herausgeber der in Berlin erscheinenden „Sozialen Praxis“, Professor Franke, feiert in seiner Zeitschrift das 25jährige Jubiläum der sozialpolitischen Februarerlasse. Er schreibt:

„Die „gesetzliche Gleichberechtigung“, auf die sie Anspruch haben, wie es in den Verordnungen heißt, haben die Arbeiter in schweren Zeiten erlangt, und sie haben sich ihrer würdig gezeigt. Wie sollte man sie ihnen wieder in guten Tagen nehmen können? Hier darf nicht von Lohn auf der einen, von Strafe auf der anderen Seite die Rede sein. Es gilt einfach, die natürlichen Folgen aus den Tatsachen zu ziehen. Der neue Geist des Vertrauens läßt sich nicht in die alten brüchigen Formen fassen. Es erscheint uns unfassbar, daß die Tausende von Arbeitern, die aus dem Felde, mit dem eisernen Kreuz geschmückt, wieder in die Werkstätten und Fabrik heimkehren, im preussischen Wahlrecht untertan sein sollten dem bloßen Besitz von Geld und Gut. Wie kann man künftig Ausnahmeverordnungen, wie sie im Vorlauf und Handhabung des Vereinsgesetzes, der Koalitionsverordnungen der Gewerbeordnung, im Gewandrecht, in den unter dem Namen des Arbeitswillensgesetzes sich bergenden Zwangsbestimmungen liegen, aufrechterhalten gegen Millionen von Arbeitern, die in Reich und Glied mit allen anderen Volksgenossen das gleiche Recht und die gleiche Pflicht des Reichsbürgers geübt haben? Wäre es zu ertragen, daß die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten, die sich nicht minder als die Arbeitgeber als feste Säule der wirtschaftlichen Ordnung und Träger der Einigung erwiesen, daß die Gewerkschaften, deren Hilfe die Behörden erbeten und erprobt haben, jemals wieder dieser Anerkennung ihres Rechtes verlustig gingen?“

Andererseits, ganz anders als Franke spricht der Oberverwaltungsgerichtsrat Prof. Dr. Roz von der Zukunft. Er führt in der „Monatsschrift für deutsche Beamte“ den „politizierenden Deutschen beiderlei Geschlechts“ sehr nachdrücklich zu Gemüte, daß sie nach dem Kriege nichts zu fordern und nichts zu erwarten haben. Die Forderung, das preussische Dreiklassenwahlrecht durch ein demokratisches Wahlrecht zu ersetzen, erscheint ihm als eine „nicht ungefährliche Illusion“. Der im preussischen Wahlrecht verborgene Grundgedanke ist nach seiner Meinung nicht nur „berechtigt“, er muß sogar „heilig gehalten werden“. Warnend erhebt er Finger und Stimme, indem er erklärt:

„Wäre Staatskunst läßt sich nicht von Stimmungen des Augenblicks beherrschen. Sie sieht auf das, was Dauer verspricht, nach den Erfahrungen und Lehren der Geschichte. Also auch hier ist es nötig, Illusionen zu zerstören, denen sich sanguinische Gemüter hingegenen geneigt sind.“

Die Gegenüberstellung zeigt uns deutlich, wie wenig die Meinungsverschiedenheiten im deutschen Volk und zwischen seinen einzelnen Schichten im Bürgerfrieden geschwunden sind.

Neutrale Gedanken über den Völkerring.

Auf einer Selbsterleuchtung, die am 31. Januar in Bern stattfand, hielt nach dem Bericht des Berner „Bund“, der Bundesrat Müller eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Es wird eine Zeit kommen, wo die sich gegenseitig zerfleischenden, im blutigen Ringen kämpfenden Völker wieder miteinander in Verkehr treten müssen. Es ist ganz unbedenklich, daß zwischen europäischen Kulturstaaten dauernd eine chinesische Mauer aufgerichtet werde, wo keiner den anderen mehr sehen, keiner mehr mit dem anderen verkehren wird. Die Abschließung wird zwar desto länger dauern, je tiefer der Haß sich eingegraben hat. Die Zeit der Annäherung aber wird kommen. Und wir könnten wohl einmal berufen sein, er eine Brücke zu schlagen, über die

die feindlichen Menschen wieder zueinander kommen. Ich meine, das wäre eine Mission, die unseres Landes, die unserer Ehre würdig wäre.“

Ein anderer Redner dieser Tagung, der Spitalarzt Dr. Gelpke, sagte:

„Ich habe als Chirurg all das Elend angesehen und kennen gelernt, das der Krieg mit sich gebracht hat. Ich habe selbst auch mitgeholfen zu retten, was zu retten war, aber ich bin mir schließlich vorgenommen wie ein Regulus, dessen Aufgabe ist, wieder aufzustellen, was die anderen sofort wieder umwerfen. Hoffen wir, daß eine nicht zu ferne Zukunft einen friedlichen Ausgleich der Völker Europas ermöglichen wird, zu dessen Anbahnung die Schweiz wertvolle Anregungen geben könnte.“

Verflechterung der Gefangenenbehandlung in Frankreich.

Der französische Kriegsminister hat, nach dem „Deutschen Kurier“, Maßnahmen gegen deutsche Kriegsgefangene angeordnet, die auf eine erhebliche Verflechterung hinauslaufen. Im einzelnen wird bestimmt:

„Was die Ernährung anbelangt, so werden die nicht verwundeten oder kranken Gefangenen von jetzt ab eine tägliche Portion Fleisch erhalten, die 125 Gramm übersteigt. Die Verminderung wird sich nur auf diese Portion erstrecken, und die regelmäßige Verteilung von Brot, Kaffee, Reis, Getreide und ähnlichem wird vorläufig weiter wie bisher vor sich gehen. Außerdem werden die Gefangenen, welche arbeiten, außer ihrem Taschengeld Extraportionen erhalten im Verhältnis des Umfangs ihrer Arbeit. Der Ersatz von Wasser durch andere Getränke wird nur aus gesundheitlichen Rücksichten zugelassen werden. Die Kantine darf in Zukunft nicht mehr Wein, andere alkoholische Getränke, Schokolade oder Kuchen abgeben.“

Das Recht der Korrespondenz wird gleichfalls strenger eingeschränkt. Von jetzt ab werden die deutschen Gefangenen wöchentlich nur noch eine Karte schreiben dürfen. Außerdem darf in jeder vierten Woche ein Brief von höchstens vier Seiten der Postkarte hinzugefügt werden. Die einen wie die anderen dürfen nur noch mit Bleistift geschrieben werden, wie es in Deutschland angeordnet ist.“

Begründet wird dieses Vorgehen damit, daß angeblich Deutschland die französischen Kriegsgefangenen nicht genügend ernährt.

Die Regelung des Getreideverkehrs.

Am 14. gibt Wolffs Bureau bekannt: Die Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 bezieht sich nicht eine Beschlagnahme der Getreidevorräte zugunsten des Staates, insbesondere der deutschen Streitkräfte, sondern lediglich eine richtige Verteilung für den Privatverbrauch, ist also eine Maßnahme zum Schutze des kleinen Mannes gegen gewinnfüchtige Spekulationen.

Der § 4 dieser Verordnung lautet: „Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Getreide und Mehl, die nach dem 31. Januar 1915 aus dem Ausland eingeführt werden.“

Damach ist die staatliche Heberwachung des Getreidehandels auf das inländische Getreide beschränkt, während das ausländische Getreide nach wie vor dem freien Verkehr überlassen bleibt. Ein Zusatz, wonach das ausländische Getreide nur an Kommunalverbände oder bestimmte Gesellschaften verkauft werden durfte, ist vom Bundesrat wieder aufgehoben worden. Denn wenn auch diese Stellen lediglich dazu bestimmt waren, das ausländische Getreide dem deutschen Privatverbrauch zuzuführen, so soll doch für die neutralen Mächte kein Zweifel darüber bestehen, daß das aus ihren Ländern nach Deutschland eingeführte Getreide unter keinen Umständen für den Verbrauch der deutschen Streitkräfte oder deutscher Verwaltungsstellen bestimmt ist, daß es also nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht als sogenannte relative Kontrabande angesehen werden kann.

Demgemäß ist deutscherseits der amerikanischen Regierung gegenüber die formelle Zusicherung abgegeben worden, daß die aus den Vereinigten Staaten unmittelbar oder mittelbar nach Deutschland eingeführten Lebensmittel in keiner Weise für den Verbrauch der deutschen Streitkräfte oder deutscher Verwaltungsstellen verwendet, sondern der deutschen Volkswirtschaft im freien Verkehr unter Ausschluß von Regierungsstellen überlassen werden sollen. Die deutsche Regierung hat sich auch bereit erklärt, den Vertrieb dieser Lebensmittel während der Dauer des Krieges amerikanischen Organisationen zu überlassen.

In der Sonnabend-Sitzung des Bundesrats wurde einer Verordnung wegen Änderung der Bekanntmachung über Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl die Zustimmung erteilt. Ferner wurde beschlossen, den Kommunalverbänden die Befugnis zu erteilen, ihre Eingekaufenen zur Anzeige der Vorräte zu verpflichten, die bei der Reichserhebung vom 1. Februar 1915 nicht erfasst sind, weil sie unter einem Doppelzähler verblieben. Die Kommunalverbände können dann diese Vorräte sich übereignen lassen, soweit sie bei den einzelnen Besitzern 25 Kilogramm übersteigen. Hierdurch werden die Kommunalverbände in den Stand gesetzt, aus den privaten Haushaltungen, die sich überreichlich mit Mehl eingedeckt haben, noch Mehl der Allgemeinheit zuzuführen.

Die Steigerung der Schweinepreise.

Zur Festsetzung unserer an anderer Stelle behandelten Viehpreissteigerung geben wir nach dem „Sozial-Anzeiger“ eine Zusammenstellung der Schweinepreise aus deutschen Großstädten nach den amtlichen Berichten. Wir stellen die Preise der letzten Märkte den Preisen der Märkte von Anfang Januar d. J. und derjenigen von Anfang Februar 1914 gegenüber. Gleichzeitig bringen wir die Preise von Rindfleisch für Schweden und von Kopenhagen für Dänemark. Die Preise sind für 50 Kilogramm Schlachtgewicht angegeben; in den Städten mit einem † wird nach Lebendgewicht notiert.

Name der Stadt	Kostet vom letzten Markt	1 Monat früher	1 Jahr früher
Berlin	105	86	67
Breslau	112	86	64
Chemnitz	96	80	65
Dresden	102	87	69
Düsseldorf	92	83	62
Essen	90	84	60
Frankfurt a. M.	92	86	65
Hamburg	100	85	62
Hannover	95	85	64
Leipzig	104	81	77
München	80	79	67
Posen	78	68	52
Kopenhagen	76,67	74,42	56,95
† Malmö	53,—	53,56	41,72

Der „Sozial-Anzeiger“ bemerkt dazu: Der Ruf an die Regierung, der nicht nur von dem Privatpublikum, sondern von den Vertretern

des Fleischerhandwerks ausgeht, bleibt heute wie gestern: „50 Pf. Preise für Schweine!“ Die Regierung möge nicht zaudern, damit sich Hebelhände, die bei anderen Nahrungsmitteln durch verspätete Festsetzung der Höchstpreise sichtbar wurden, nicht wiederum bis zur Unerträglichkeit verbreiten!

Todesurteil wegen Landesverrats.

Vor dem Kriegsgericht in Halle stand der französische Kriegsgefangene Kröpffe aus Sulz im Oberrhein, unter der Anklage des Landesverrats. Der Angeklagte hielt sich bei Ausbruch des Krieges in Velfort auf und trat dort unter falschem Namen in ein französisches Infanterieregiment ein. Später geriet er in deutsche Gefangenschaft und im Gefangenenlager wurde ganz zufällig entdeckt, daß er ein Deutscher ist. Das Kriegsgericht erkannte auf Todesstrafe.

Reichstagsersatzwahl in Eichstädt.

Bei der am Freitag stattgefundenen Reichstagsersatzwahl im bayerischen Wahlkreis Eichstädt wurde Freiherr v. Frandenstein (Z.) mit 6678 Stimmen gewählt. 87 Stimmen waren zerstreut. Die anderen Parteien im Kreise hatten sich der Wahl enthalten.

Wirtschaftspolitische aus der Schweiz.

Die Erfordernisse der Mobilisation der Schweiz infolge des europäischen Krieges stellen den Patriotismus der besitzenden Klassen auf eine harte Probe. Jetzt sollen sie auch noch von einer Kriegsteuer auf Einkommen und Vermögen heimgegriffen werden, an deren Erträgen der Bund und die Kantone beteiligt werden sollen. Wenn sie sie nicht verhindern können, so wollen sie doch dabei so bityg als möglich wegkommen und deswegen auch Einkommen schon von 2500 Franken und Vermögen von 10 000 Franken mit der Kriegsteuer belasten. Mit der allgewohnten Ungemertlichkeit der Herrschaft wird diesen wirtschaftlich Schwachen eingewunden versucht, daß man ihnen die Gelegenheit bieten wolle, ihren bewährten Patriotismus auch durch die Kriegsteuer zu betätigen und daß man ihnen nicht die beleidigende Zurücksetzung antun wolle, durch Erhöhung der Minimalsummen von Einkommen und Vermögen sie der willkommenen Gelegenheit zu berauben, auch ihr Opfer auf dem Altar des Vaterlandes darzubringen. Nebenher wird die Kriegsteuer als unnötig überhaupt bekämpft und vorgeschlagen, die Mobilisationskosten, die bereits 120 Millionen Franken betragen, sowie die Deckung der beträchtlichen Einnahmehausfälle durch weitere Anleihen zu decken, die zu 87 Proz. vergeben, mit 5 Proz. verzinst und so wie die bisherigen Anleihen zu einem guten Geschäft gemacht werden könnten. Damit könnte sich der bewährte Patriotismus der Kapitalistenklasse allerdings ganz gut abfinden. So haben die Kapitalisten gerade jetzt die Anleihe des Kantons Zürich von 11,7 Millionen Franken zu 5 Proz. mit 800 Millionen nicht weniger als 83 mal überzeichnet. Also Geld wie Heu, und dafür wurden sie vom Finanzminister in der Presse noch belobt! Die Staatsschulden sollen dann durch neue indirekte Steuern, wie Biersteuer, Tabakmonopol usw., verzinst und abgezahlt werden. Die sozialdemokratische Nationalratsfraktion hat in einer am letzten Sonntag abgehaltenen Sitzung sich dahin geäußert, an dem Tabakmonopol für die Schaffung einer eigentümlichen Alters- und Invalidenversicherung festzuhalten und grundsätzlich für eine Kriegsteuer auf höhere Einkommen und Vermögen mit dem Vorbehalt der Volkswahl Zustimmung über das bezügliche Gesetz einzustehen. Mit der Kriegsteuer wird sich voraussichtlich bereits die nächste Märzsession der Bundesversammlung beschäftigen. Ohne die sozialdemokratische Zustimmung wird es weder eine Kriegsteuer noch das Tabakmonopol geben und darum werden ihre bezüglichen Forderungen von der bürgerlichen Mehrheit verabschiedet werden müssen, wenn sie etwas erreichen will.

Die Wirren in Mexiko.

London, 6. Februar. (W. T. U.) Einem neuerlichen Telegramm aus El Paso zufolge hat General Villa sich zum Präsidenten von Mexiko erklärt und für die Zivilregierung drei Minister ernannt.

Carranza forderte den spanischen Gesandten in Mexiko auf, den Agenten der spanischen Regierung bei Villa Senhor Angel Deciazo auszuliefern, den Carranza akuter Unterstützung Villas beschuldigt. Carranza droht, den spanischen Gesandten auszuweisen, falls er der Forderung nicht nachkommt.

Aus der Partei.

Erklärung.

Einige Parteiführer haben die Vermutung ausgesprochen, zwischen Parteivorstand und Generalkommission seien Differenzen darüber entstanden, ob eine Beteiligung an dem von dem preussischen Minister des Innern veranstalteten Vorkursus für Redner über Volksernährung im Kriege stattfinden solle. Diese Annahme ist durchaus unbegründet. In einer Aussprache darüber, ob ein solcher Vorkursus veranstaltet werden solle, waren neben Volkswirtschaftlern nur die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter (alle Gewerkschaftsorganisationen, Privatangehörige usw.), nicht die politischen Parteien zugezogen und es war von vornherein zugesichert, daß partei- und wirtschaftspolitische Erörterungen in den Kursen unterbleiben würden. Die Generalkommission erklärte sich bereit, geeignete Redner zum Besuch des Kursus in Vorschlag zu bringen und machte dem Parteivorstand davon Mitteilung mit dem Anheimstellen, eventuell auch einige Parteifunktionäre für den Kursus in Vorschlag zu bringen. Der Parteivorstand hielt eine offizielle Bescheidung des Kursus durch die Partei nicht für geboten und hat den Bezirkspartelleitungen eine dementsprechende Mitteilung gemacht. Den einzelnen Parteigenossen blieb es aber unbenommen, den Kursus zu besuchen. Tatsächlich haben denn auch verschiedene Parteifunktionäre an dem Vorkursus teilgenommen. Die Redner sollen später vorwiegend in ihren Berufskreisen über den Stand der Volksernährungssituation sprechen. Sie haben keinesfalls die Aufgabe, wirtschaftspolitische Auffassungen zu vertreten, die mit ihrer eigenen Auffassung in Widerspruch stehen, und selbstverständlich werden sie dieses nicht tun.

Berlin, den 5. Februar 1915.

Der Parteivorstand. Die Generalkommission.

Aus dem Zentralorgan.

Unter dieser Überschrift schreibt unser Hamburger Bruder Blatt:

„Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, als ob der Berliner „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei abhandeln wolle. Nachdem er monatlang so gut wie gar keinen eigenen Gedanken produziert, hat er neuerdings den Unfall, dieses Manko durch den Abdruck von Artikeln aus anderen Blättern auszugleichen. Heute druckt er unter der Rubrik „Stimmen aus der Parteipresse“ den Verjammer-

Langenbericht über Scheidemanns Vortrag im 1. Hamburger Wahlkreis aus dem „Echo“ nach. Der Vortrag hat bei den hiesigen Genossen bekanntlich sehr lebhaften Beifall gefunden, was auch aus dem Bericht hervorgeht. Der „Vorwärts“ weiß selbst zwar nichts dagegen zu sehen, um so mehr aber die „Leipziger Volkszeitung“, deren Randbemerkung nun das Zentralorgan wiedergibt, als wäre es ein Schand von ihm. Da wird es Scheidemann sehr verübelt, daß er gegen die „Quertreiber“ ein paar kräftige Worte gefunden und das Treiben etlicher von ihnen als Spitzelarbeit gekennzeichnet hat. Der Hamburger Parteigenossenschaft waren gerade diese Worte aus dem Herzen gesprochen. Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ jetzt die Herrschaften, die anonomie pseudonym in ausländischen Zeitungen die deutsche Sozialdemokratie mit Dreck beschmutzen, in Schutz nehmen will, so ist sie Toleranz an sehr unzulässigen Objekten. Es kommt gar nicht, wie sie meint, darauf an, ob einer der Partei schaden will, oder nicht, sondern darauf, ob er der Partei wirklich schadet. Auch unter den Spitzeln der sozialdemokratischen Periode gab es mehr als einen, der geglaubt haben mag, er müsse der Partei. Die Partei hat aber sehr gesundem Empfinden heraus für den mehr oder weniger guten Willen ihrer „Freunde“ kein Verständnis gezeigt, sondern immer nur den Mann nach seinem Wirken beurteilt. Wir mühten nicht, warum das jetzt anders werden soll. Was das Leipziger Parteiblatt sonst noch an Scheidemanns Rede aufzuführen hat, verrät ein so hohes Maß von Nichtverstehen, wollen, daß wir es schon verstehen, warum der „Vorwärts“ derartige Leistungen aus größter Hand bezieht.

Im „Proletarier“, dem Verbandsorgan der Fabrikarbeiter, lesen wir in einem sehr beachtenswerten Artikel „Vorzugsfertigkeit“ folgendes: „Nun ist ja der Krieg und so willig „umgelert“ werden wie seit Ausbruch des Krieges. Das ist an sich gewiß nicht verwunderlich. Der Krieg hat tatsächlich manche Auffassung berichtigt, manche Vorurteile als falsch erwiesen, manche Hoffnungen enttäuscht, mancher Verführung den Grund genommen. Und allem um so mehr ist es Pflicht eines jeden verständigsten Menschen. Inwieweit ist die Selbstkritik notwendig und lobenswert.“

Nun haben aber gar manche von diesen Selbstkritikern nicht nur ihr Bewußtsein gefunden, sondern zugleich ihre Apokalyptikatur entdeckt. Mit dem herkömmlichen Eifer der Reuepredigten predigen sie heute als laute Wahrheit, was ihnen gestern finkender Jertum war, verüben sie heute auf dem Parteifeld, was sie gestern ebenda angebetet haben. Dieser Scheinbekehrten blinder Eifer ist immer eine missliche Sache. Wer sich auf Grund neuer Erfahrungen, Beobachtungen und Ermüdungen von alten Vorstellungen losläßt, vor alte Anschauungen predigen, frühere Urteile berichtigen, kurz wer umlernen will oder muß, der soll das zunächst für sich und allein tun. Vor allem dann, wenn dieses Umlernen in eine Zeit fällt, die den Pfad, der vom Jertum zur Wahrheit führt, ebenso ungewissen macht, wie sie den in ungewohnter Richtung fährten abnet. Der bildliche Saulus hatte ein Knecht, so hat als Saulus zu predigen, denn ihn hatte der Hl. göttlicher Erleuchtung bekehrt, — die modernen Saulus, die im Donner sehr leblicher Gesänge innere Einsicht halten, sollten sich zunächst daraufhin prüfen, ob sie nicht mehr betäubt als erleuchtet sind.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Verhältnisse in den Wagen- und Karosseriefabriken.

Der Krieg hat in vielen Wagenbaubetrieben eine völlige Umwälzung der Produktion hervorgerufen. Fabriken, die sonst nur Luxuswagen und Automobile anfertigten, sind zur Herstellung von Wagen für militärische Zwecke übergegangen und in diesem Arbeitszweig sehr stark beschäftigt. Natürlich haben auch die Fabriken, welche schon in Friedenszeiten für den Heeresbedarf an Wagen der verschiedensten Art beschäftigt waren, reichlich Arbeitsgelegenheit. Infolgedessen ist die Nachfrage nach Arbeitern in allen Wagenfabriken sehr stark und die Löhne sind, ohne daß es einer Aktion der Arbeiter bedürfte, wesentlich gestiegen. Die Löhne des Tarifvertrages, der für eine Anzahl von Wagen- und Karosseriefabriken besteht, sind unter dem Einfluß der ungewöhnlich guten Konjunktur überholt. Auch in den Fabriken, die keinen Tarifvertrag haben und deren Inhaber sonst für keine Verbesserung der Arbeiterverhältnisse zugänglich waren, sind die Löhne nicht unerheblich gestiegen. Mit Rücksicht auf diese Situation beschloß eine am Donnerstag abgehaltene Versammlung der in den Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigten Metallarbeiter, dem Kartell der im Wagenbau beschäftigten Arbeiter die Forderung des bis zum 1. April d. J. laufenden Tarifvertrages zu empfehlen.

Demer besprach die Versammlung die eigenartigen Verhältnisse, welche in einigen Fabriken bezüglich der Unterstützung von Angehörigen der Kriegsteilnehmer bestehen. Es handelt sich namentlich um zwei Firmen, welche dem Tarifvertrage nicht unterstehen. Die Firma Dittmann hatte zu Anfang des Krieges 3000 M. zur Unterstützung der Familien der bei ihr beschäftigt gewesenen im Heere stehenden Arbeiter aus. Diese bei der Firma tätigen Arbeiter haben durch vorgewählte freiwillige Sammlungen ebenfalls zu diesem Fonds beigetragen, so daß jede Kriegsfrau 5 M. und jedes Kind 1 M. erhält. Als dann die Arbeiter einen neuen Arbeiterausfluß wählen wollten, der etwas anders zusammengefaßt sein sollte als der alte, da erklärte die Firma, wenn ihr die Arbeiter in dieser Hinsicht nicht zu Willen sein wollten, dann werde sie die Familien der Kriegsteilnehmer nicht mehr unterstützen. Dieser Standpunkt der Firma Dittmann ist als ein sehr heillos bezeichnet. Von einer Firma, die durch Arbeiten für den Heeresbedarf glänzende Geschäfte macht, könnte man wohl erwarten, daß sie für die Familien der Kriegsteilnehmer etwas übrig hat, um so mehr, da die Arbeiter der Firma nach wie vor ganz bereit sind, Beiträge zur Unterstützung der Familien ihrer im Heere stehenden Kollegen zu leisten.

Die Firma Lange u. Gutzeit, die ebenso wie Dittmann schon in Friedenszeiten Lieferungen für militärische Zwecke hatte und jetzt mit Heeresarbeiten reichlich beschäftigt ist, unterstützt die Familien der Kriegsteilnehmer in der Hauptsache auf Kosten der Arbeiter, denen sie zu diesem Zweck regelmäßige Abzüge macht, welche je nach der Lohnhöhe 7 Pf. bis 2 M. wöchentlich betragen. Auf diese Weise kommen jede Woche mehrere hundert Mark zusammen. Dazu gibt dann die Firma Lange u. Gutzeit aus der eigenen Tasche die geringe Summe von 50 M. wöchentlich. Aber den Angehörigen der Arbeiter werden die Unterstützungen als Zuwendungen der Firma gegeben. Nach ein anderer Richtung herrscht im Betriebe von Lange u. Gutzeit. Die Kolonnenführer sind an dem Arbeitsverdienst mit einem erheblich höheren Anteil beteiligt als die übrigen Arbeiter der Kolonne, und den dem Arbeitsverdienst wird ein Teil zurückbehalten, der den Arbeitern in Zeiten geringeren Verdienstes ausbezahlt werden soll. Das heißt also: In Zeiten schlechten Geschäftes ausgeht vom Teil der Arbeiter, der dann noch beschäftigt ist, der zurückbehaltenen Verdienst derjenigen Arbeiter zugute, die früher bei gutem Geschäftsgang in der Fabrik gearbeitet haben. Ein so ungerechtes System hat man bisher noch nicht kennen gelernt.

Die Firma Leubner zahlt für die Unterstützung der Kriegsfamilien wöchentlich 30 bis 30 M. und die Arbeiter leisten freiwillige Beiträge in Höhe von 1,50 bis 2 M. wöchentlich. Also auch hier tragen die Arbeiter den Hauptteil zur Unterstützung bei, doch besteht für sie kein Beitragszwang, wie es bei Lange u. Gutzeit der Fall ist.

Das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien hat in dem Tarifverhältnis im Gewerbe große Verwirrung angerichtet. Viele Bäckermeister glauben, mit dem Verbot der Nachtarbeit sei auch der ganze Tarif gefallen und sie können jetzt ihre Gesellen die ganzen 12 Stunden ausnützen, ohne daß sie die Überstunden zu bezahlen nötig haben. Demgegenüber muß die Organisation entschieden darauf hinweisen, daß die tarifliche Arbeitszeit nicht aufgehoben ist, sondern eingehalten werden muß. Wenn auch nicht bekannt werden soll, daß die Bundesratsverordnung den Meistern nicht sonderlich bequem sein wird, so

kann es aber auf keinen Fall angehen, einseitig nur die Gesellen die Kosten jener Verordnung tragen zu lassen. In vielen Fällen ist es erst nach wiederholten Vorstellungen möglich gewesen, die betreffenden Unternehmer, darunter auch Großbäckereien, zu bewegen, den Bestehenden aufzutreten.

Am meisten Schwierigkeit aber macht der Erntehettag. Mit der Bewilligung der Arbeit am Sonntag bis 12 Uhr ist der bisherige Erntehettag in vielen Bäckereien in Frage gestellt worden. Viele Meister weisen jede Verhandlung zwecks Regelung der Sache kurz ab. So haben die Gesellen der Bäckerei Tennigkeit im Norden Berlins ihrem Meister an, ihnen für die Arbeit am Sonntag in der darauffolgenden Woche einen halben Wochentag freizugeben. Das wurde aber von dem Herrn abgelehnt und die Leute sämtlich entlassen. Neue Gesellen wurden, jedenfalls um die Leute recht ungeduldet an 7 Tagen in der Woche voll beschäftigt zu können, von Kommissionsärzten besetzt.

Der Kriegszustand zwingt die Organisation zur größten Zurückhaltung. Wenn jedoch das Treiben der Bäckermeister so weiter geht und man den Gesellen ihre tariflichen Arbeitsbedingungen zu entziehen trachtet, so kann der Verband für die Folgen dieses Vorgehens keine Verantwortung übernehmen.

Verband der Bäcker und Konditoren, Berlin.

Deutsches Reich.

Burgfrieden.

Die Zentrumsblätter teilen zurzeit eine Notiz durch ihre Spalten, die den Deutschen Bauarbeiterverband anklagt, den Burgfrieden gebrochen zu haben, und zwar gegenüber den christlichen Gewerkschaften. Sie beruft sich dabei auf eine Kritik, die der Notizkalender, den der Bauarbeiterverband alljährlich herausgibt, an dem Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer abt. Diese Kritik ist allerdings scharf, indessen kann man nicht sagen, daß sie in irgend einem Punkte falsch sei.

Man wendet sich nun nicht gegen den sachlichen Inhalt der Kritik, sondern dagegen, daß sie in einem Kalender für das Jahr 1915 steht und also einen Bruch des Burgfriedens darstelle. Aber der Kalender für das Jahr 1915 wurde, ebenso wie seine Vorgänger, schon im Juni und Juli bis auf wenige Kleinigkeiten reaktionär fertiggestellt. Das zeigt auch schon die Geschichtstafel des Kalenders, die mit dem 8. August abschließt. Das kann auch den christlichen Kritikern nicht entgangen sein. Von einem Bruch des Burgfriedens ist also beim Bauarbeiterverband keine Rede. Dagegen sollten dieselben Kritiker sich einmal die christlichen Keuzungen über die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften ansehen, die in neuerer Zeit durch ihre eigene Presse gingen. Nach dem Ende des Krieges wird sich vielleicht Gelegenheit bieten, an ihnen zu illustrieren, wie der Burgfriede auf Christenseite gehalten wurde.

Rusland.

Die Organisation der englischen Landarbeiter wird erst neuerdings von anderen Gewerkschaften gefördert. Allerdings streiten sich die Verbände ungelerner Arbeiter darum, zu wem die Landarbeiter gehören. Diese haben auch eine besondere Organisation, die jetzt ebenfalls Fortschritte macht und schon zum ersten Male ein eigenes Blatt veröffentlicht, das zunächst alle drei Monate erscheinen soll. Ein bescheidenes Anfang, aber es ist immerhin ein Anfang.

Aus Industrie und Handel.

Protektion in der Schweiz.

Unter dem neuen eidgenössischen Getreidemonopol ist der Weizenpreis neuerdings von 35 auf 40 Fr. pro Doppelzentner erhöht worden, der Mehlpreis von 43,50 auf 48,75 Fr. Anfangs August betrug der Weizenpreis 30 Fr., er ist also während den 8 Kriegsmonaten um 10 Fr. gestiegen, wobei er mit 40 Fr. noch um 16 Fr. unter dem Weltmarktpreis bleibt. Vor dem Kriege betrug der Weizenpreis aber nur 23 bis 25 Fr., so daß eine empfindliche Teuerung auch des Brotes eingetreten ist.

Die Zolleinnahmen der Schweiz haben im Jahre 1914 nur 68,90 Millionen Franken betragen gegen 85,10 Millionen in 1913, um 21,20 Millionen weniger. Die Bundesbahnen hatten mit 182 380 786 Fr. um 90 340 519 Fr. weniger Einnahmen als 1913.

Eine bulgarische Kautschukoperation in Deutschland.

Sofia, 8. Februar. Die „Agence Bulgare“ meldet aus Sofia: Ein Syndikat deutscher, österreichischer und ungarischer Banken, das mit der bulgarischen Regierung einen Vertrag auf Gewährung einer Anleihe im Betrag von 500 Millionen Francs abgeschlossen hatte, hat in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse des Geldmarktes, die die Durchführung der Anleihe nicht gestatten, beschlossen, Bulgarien, damit das bulgarische Schatzamt sich nicht in Verlegenheit befindet, auf diese Anleihe gegen all pari angenommene Schatzbons einen Vorstoß von 150 Millionen Francs zu 7½ Proz. Zinsen zu gewähren, wovon 75 Millionen im Augenblick der Unterzeichnung der Vereinbarung und der Rest in Teilbeträgen von 10 Millionen Francs alle 14 Tage, vom 9. März bezw. 1. April anfangen, zu zahlen sind. Es handelt sich um eine rein finanzielle Operation, das Abkommen wird der Sokranje nicht unterbreitet werden.

Wenn ein Teil des Vorstoßbetrages in Verwahrung der Banken bleibt, werden diese der bulgarischen Regierung für den betreffenden Betrag gleichfalls 7½ Proz. Zinsen aufschreiben.

Einfuhr deutscher Waren in England.

London, 5. Februar. Die „Financial Times“ berichtet, befinden sich bei den englischen Privatbanken noch mindestens 80 Millionen Pfund Gold, die nicht gemeldet worden sind. Gegen diese Verheimlichung geht das Eingreifen der Behörde bevor.

Auf Beschwerde von unlonischer Seite gibt die Regierung gütlich zu, daß sie die Einfuhr bestimmter deutscher Waren gewissen Firmen bewilligt habe, weil die Waren unbedingt nötig waren.

Zentralverband für Getreideeinfuhr.

Die unter dem 19. Dezember 1914 in Hamburg gewählte Kommission, die sich mit den vorbereitenden Maßnahmen zur Schaffung weiterer deutscher Getreideverträge unter Ausschaltung englischer Schiedsgerichte und zur Gründung eines Zentralverbandes des Deutschen Getreideeinfuhrverkehrs zu befassen hatte, hielt heute in Berlin eine Sitzung ab. Die Kommission beschloß die Gründung des angelegten Zentralverbandes und ferner zunächst die Ausarbeitung eines deutschen Kapitalvertrages.

Soziales.

Gegen Geschlechtskrankheiten im Krieg.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat folgendes

Merksblatt für Soldaten

zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herausgegeben: „Jeder Soldat hat die heilige Pflicht, sich für sein Vaterland gesund zu erhalten, doppelt und dreifach in Kriegzeiten, wo an seine Leistungsfähigkeit die größten Anforderungen gestellt werden.

Durch nichts wird Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Soldaten so geschädigt als durch die Geschlechtskrankheiten: Syphilis und Tripper. Sie verursachen nicht nur große Schmerzen, sondern machen den Mann auch schlapp, marisch- und lampfunfähig — ganz zu geschweigen der schweren Gesundheitschädigungen, welche diese Krankheiten für das ganze spätere Leben nach sich ziehen.

Geschlechtskrankheiten holt man sich bei leichtsinnigen Mädchen und Frauen, die infolge ihres lockeren Lebenswandels fast alle krank sind und ihre Krankheit dann wieder auf die Männer, mit denen sie verkehren, übertragen. Der Soldat muß daher besonders in Kriegzeiten sich von diesen Mädchen streng fernhalten, sowohl in Feindesland als auch in der Heimat, wo er in Quartier liegt.

Er muß sich besonders vor dem Genuß geistiger Getränke (Schnaps, Bier, Wein) in Acht nehmen, da er im Rausch, ja schon in leichter Angeunkenheit leichter der Verführung unterliegt. Er muß, soweit das irgend möglich ist, nicht nur den übrigen Körper, sondern auch die Geschlechtsorgane peinlich sauber halten.

Er muß während der ganzen Dauer des Krieges gesund und frisch bleiben in seinem eigenen Interesse und im Interesse des Vaterlandes, das für den Kampf um seine Freiheit die ganze Kraft eines jeden braucht.

Wer das Unglück hatte, schon vor dem Kriege eine Geschlechtskrankheit zu bekommen, mache jede kleinste Verschlimmerung dem zuständigen Arzt, damit nicht durch Vernachlässigung ein ernstes Leiden entsteht.“

Jugendbewegung.

Von den Pflichten der Jugend.

Der bekannte hiesige Pädagoge Professor Dr. H. W. Höpfer, der Sohn des Gründers der Berliner Gesellschaft für ethische Kultur, des Geheimrats Professor Wilhelm Höpfer, hat kürzlich in Frankfurt a. M. vor den jugendlichen Mitgliedern von 50 Jugendvereinen und zahllosen Lehren und Lehrerinnen höherer Schulen einen Vortrag über „Die deutsche Jugend und der Weltkrieg“ gehalten. Obwohl seine Ausführungen für die Jugend des Bürgerkriegs bestimmt waren, verdienen sie in ihren Hauptzügen auch die Beachtung der Arbeiterschaft. Die „Frankfurter Volksstimme“ gibt sie folgendermaßen wieder:

Dr. Höpfer begann mit einer allgemeinen Darstellung der weltlichen Einwirkungen des Krieges auf die Jugend, um dann überzuweisen, wie diese vom jungen Mann und Mädchen innerlich zu guten Ergebnissen zu führen benutzt werden sollen. Das schöne Beispiel der auf dem Felde der Ehre Gefallenen müsse dahin wirken, daß die Jugend wieder selbst mehr Ehrenhaftigkeit erwerbe. Als Stütze der Mutter, als Ernährer ihrer Geschwister, als Stellvertreter des Vaters müsse die Jugend ernsthaft zum Mann und zum Weibe heranreifen. Die vielen großen Kinder sollten heute an dem tiefen Ernst der Zeit lernen und sich Mühe geben. Die Mütter und Väter, die ihr Blut den Kriegsdämonen vergießen, haben ein Recht darauf, in der Gewissheit zu stehen, daß ihr Tod nicht nutzlos verfliehe, sondern gute Geister erweckt. Einsehen muß sich alles für einen sozialen Frieden zwischen den Klassen. Arbeit besonders jeder an der Einigkeit mit der Arbeiterklasse, die unsere Industrie trägt. Kommen wir all das Unrecht wieder gut, das wir in der Vergangenheit der Arbeiterschaft angetan haben. Oft habe ich gedacht, wenn ich unsere Arbeiter ihr eingiges Gut — ihr Leben — hingeben sah: verdient haben wir das nicht, aber wir wollen es uns noch verdienen. An euch, ihr Tausende von Jugendlingen, wende ich mich: Halbt euer heiliges Kameradentum mit der Arbeiterjugend, haltet Freundschaft mit ihr für das ganze Leben! Denkt an eure Väter, die jetzt draußen vor dem Feinde mit ihnen gemeinsam kämpfen! Wenn es passieren sollte, daß man den jungen Leuten je wieder zumuten würde, die sozialdemokratische Arbeiterjugend nicht als gesellschaftsfähig zu betrachten, sie zur Seite zu schieben, dann steht euch! Wehrt euch mit Leib und Seele dagegen! Denn sie alle sind unsere Kameraden jetzt und immerdar. Reibet jede Gesellschaft, jeden Verein, jede Gemeinschaft, in der man einen Sozialdemokraten oder seinen Sohn mitgehört wolle. Sie sollen nicht mehr als Menschen zweiter Klasse behandelt werden!

Jhr, die ihr einmal verantwortliche Stellen einnehmen werdet, achtet die Arbeiter, ihre Mütter und Väter; denn ihr Mut, ihre Stärke, ihre Energie hilft uns jetzt zum Siege! Verschließt ihnen nicht den Mund, auch wenn sie hart reden, auch wenn sie freieren! Gebt ihnen Mitbestimmungsrecht, denn sie haben sich unsere Achtung verdient. Hört die Wucht ihrer Jugendbewegung, ihre Offensive, die sich jetzt so herrlich bewährt! Vaterlandsliebe ist heute und immer nur noch der, der Klassenpatriotismus verliert. Gewöhnen wir uns an das Rot ihrer Farbe, wie auch unsere Fahne neben dem Schwarz und Weiß das Rot hat! (Beifall.)

Kämpfen aber wollen wir von jetzt an gegen die Raubhorden, gegen den blauen Kaufmann gegenüber gegangenen Völkern. Hütet wir uns vor Siegesübermut, legen wir ab das prozige Selbstgefühl, als wenn nur wir Deutschen etwas Gutes und Heiliges in die Welt setzen und nichts von ihr empfangen! Eintreten aber wollen wir alle für gemeinsame soziale Arbeit, für gemeinsame Kulturarbeit aller Nationen nach dem Krieg und für Verhältnisse, die einen späteren Krieg unmöglich machen. Unsere Seele muß schon jetzt die Wiedervereinigung vorleben, nicht den Haß. So nur können wir dereinst dahin kommen, daß der Zerwürf des Vaterlands ganz abgetilgt wird durch der Heroismus der Liebe. Ein Schlüssel in der Hand, wie wir es bei vielen dem Ausland gegenüber finden, heißt im Widerspruch zu der großen Aufgabe unseres Volkes: die Völker wieder zu vereinigen. Die Jugend schon muß die Wiedervereinigung vollziehen. Wir verdanken dem Ausland unendlich viel für unsere Kultur, auch den Engländern; namentlich in der Lösung der Arbeiterfrage hat uns ihr Vorbild gelehrt. Die Frauen haben nicht überall ihre Schuldigkeit zur Verhinderung des Krieges getan. Sie sollten mehr noch haben als haben — die Weltacht des Schlachtentodes an die Jugend aber ist: ins Leben zurückzuführen — aber — den heiligen Ernst mitzunehmen. (Stimmlicher Beifall.)

Zur Ehre Höpfers muß hinzugefügt werden, daß seine hier wiedergegebenen Anschauungen nicht etwa ein Produkt des Krieges sind. Solange er im öffentlichen Leben steht, hat er sie, mit herrlichem Nachdruck die Pflicht der Achtung vor der Arbeiterschaft, die die Grundpfeiler der Gesellschaft darstellt, verfochten — ohne indessen im Bürgertum Beachtung zu finden.

Als Anhänger der ideologischen Weltanschauung nicht Höpfer der Erziehung eine Bedeutung sei, die sie nach unserer Auffassung nicht haben kann. Auch die Erziehung und ihr Erfolg ist von ökonomischen Bedingungen abhängig.

Um so freudiger stimmen wir dem letzten Teil seines Vortrages zu. Das mannhafte Bemühen Höpfers zu seinen in jahrelangem Studium gewonnenen pädagogischen Grundfragen, die im strikten Gegensatz zu den Anschauungen stehen, die die gesamte Öffentlichkeit gegenwärtig beherrschen, verdient hohes Lob und Anerkennung. Höpfer gebührt die Ehre, die Befragungspunkte auf seine Charakterfestigkeit, die erste notwendige Fähigkeit eines Führers der Jugend, bestanden zu haben.

Eingegangene Druckschriften.

Die Kaninchenzucht. Von H. Balf. 66. 1 M. (Voll. Hausbibl.) R. Grottel, Berlin W 10.
Zeitschrift für alte und neue Glasmalerei. Offiz. Organ des Verbandes Deutscher Glasmalereien. Jahrg. 1915. Heft 1/2. Erscheint monatlich. 4 Hf. 4 M. Deubner-Verlag, München u. Leipzig.
England im Zügel der Kulturmenschen. Von R. Stroder. 66. 2 Hf. 4. Q. 2 M. 20 Pf. Deubner.

A. WERTHEIM

G.
M.
B.
H.

Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Angestaubte
Wäsche
ausserordentlich
billig

Untertailen von **65** Pf. an
Damenhemden von **1** Mark an
Beinkleider von **1.35** an
Nachthemden von **2.65** an

Reste und Abschnitte von Stuben- und
Küchen-Handtüchern

Ein grosser Posten
Gasherde, Gaskocher, Gasbratöfen, Gaskamine
zu ganz ausserordentlich billigen Preisen

Extra-Preise!
Montag bis Mittwoch

Gardinen

Extra-Preise!
Montag bis Mittwoch

Gewebte Tüllgardinen weiss und creme Fenster 3 M. **5.15**
Gewebte Tüllstores weiss und creme Stück **1.90 3.35**
Tüll-Künstlergardinen gewebte, 2 Schals u 1 Querbehang, Fenster **5.35 8.15**

Etamine - Garnituren bunte, 2 Schals, 1 Querbeh., m. Frans., Fenster **5.85 7.65**
Erbstüll - Ganzstores mit reicher Bandarbeit Stück **4.85 7.85**
Erbstüll - Halbstores mit reicher Bandarbeit Stück **4.25 6.50**

Erbstüll - Bettdecken mit reicher Bandarbeit, für ein Bett, Stück **4.75 6.50**
Erbstüll - Bettdecken mit reicher Bandarbeit, für 2 Betten, Stück 9 M. **13.85**
Scheiben - Gardinen Erbstüll Stück **70 90** Pf.

Dritter Wahlkreis.
Heute Sonntag, den 7. Februar
nachmittags 5 1/2 Uhr,
im grossen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:
Lichtbilder - Vortrag:
Bilder vom Balkan.
Eintrittskarten zu 20 Pf. das Stück sind bei den Funktionären zu haben.
Nach dem Vortrage: **Geselliges Beisammensein.**
Konzert der Gewerkschaftshauskapelle.
Am 10. Februar werden statt der Jahlabend-Zusammenkünfte
3 Abteilungsversammlungen
veranstaltet.
Dr. R. Breitscheid, Dr. H. Duncker und E. Eichhorn
werden über zeitgemässe Themen sprechen.
Näheres in der Dienstagsnummer des „Vorwärts“.
Recht zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen erwarten
Vorstand und Bildungsausschuss.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.**
Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im Volkshaus, Rosinenstr. 3:
Mitglieder - Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Stellung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Jubeil.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
Regen Besuch dieser Versammlung erwartet.
Die Jahlabende finden in Charlottenburg am 17. Februar statt.
Der Vorstand.
250/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10933, 3578. Bureau: Rungelstraße 30.
Versammlungen:
Bautischler, Bez. I, Süden, Südwest, Schöneberg
Montag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Rabe, Fichtestr. 20.
Bautischler, Bezirk II: Montag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, bei Bratner, Weidenweg 85.
Tischler, Bezirk Norden: Montag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, bei Büttner, Schwebelstr. 23.
Tischler, Bezirk Osten I: Montag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, bei Wittenberg (früher Wertowski), Andrastr. 26.
Kollegen, welche in anderen Gewerben tätig sind, können bis 9 Uhr noch zur Wahl der Delegierten kommen.
Tischler, Bezirk Wedding und Moabit: Montag, d. 8. Februar, abds. 8 1/2 Uhr, bei Raczorowski, Ropenstr. 6.
Möbelpolierer, Bezirk Norden: Montag, den 8. Februar, abds. 8 Uhr, bei Günther, Brunnstr. 96.
Möbelpolierer, Beizer u. Magazinarbeiter, Bezirk Südost: Montag, den 8. Februar, nachmittags 6 Uhr (gleich nach Feierabend).
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
2. Neuwahl der Kommission. 3. Verbandsangelegenheiten.
Achtung, Jalouſiearbeiter!
Die Zahlstelle 51 ist verlegt von Seydelstr. 22 nach Seydelstr. 30 bei Wegener.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 165, 1233, 1987, 4111.
Bureau geöffnet von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Sonntag, den 21. März d. J. findet die nächste
Ordentliche Generalversammlung
statt. — Anträge hierzu sind so zeitig einzureichen, daß sie spätestens am 21. Februar in den Händen der Ortsverwaltung sind.
Die Ortsverwaltung.
131/10



Meierei C. Bolle A.G.
Berlin NW. 21, Alt-Moabit 98-103 Fernruf: Moabit 7912, 7913, 7914
Besser wie alle englischen Jams
Amelik-Zitronen inkl. Glas Mark 1,40
Amelik-Apfelsinen inkl. Glas Mark 1,40
Prämiert: Kochkunstausstellung 1914
Aeltester u. größter milchwirtschaftl. Großbetrieb
Eigenes Laboratorium für Milchuntersuchung
290 Verkaufswagen, 2500 Angestellte
Der Ruf und die Größe der Firma mit ihren zahllosen Angestellten bürgen für unverfälschte Reinheit der Produkte.
Vorwende Kreuz-Pfennig-Marken auf Briefen, Karten usw.

2.933 Millionen Mark, während im Vorjahre der Zugang nur 1.127 Millionen Mark betrug. Am Ende des Jahres 1914 wies die Sparkasse einen Einlagenbestand von 61,9 Millionen Mark auf gegen 61,9 Millionen Mark am Ende des Vorjahres. Die Zahl der Sparbücher hat sich um 8500 auf 190 701 vermehrt; im Vorjahre betrug ihre Zahl nur um 5201. Der Reingewinn beträgt 595 219 Mark gegen 68 485 M. im Jahre 1913. Am Anfang des Jahres 1915 kam auf einen Einwohner ein Sparbuch von 198 M., während Anfang 1914 nur 188 M., 1912 180 M. und 1911 175 M. auf einen Einwohner entfielen.

Wie ein Hauswirt um Miete mahnte.

Zu der in Nr. 35 veröffentlichten Notiz mit dieser Überschrift schickt uns der darin erwähnte Eigentümer des Hauses Charlottenstraße 30 in Charlottenburg eine lange Erwiderung. Gegen unsere Darstellung seines Mahnbefehles bei der Mieterin wendet er ein, daß sie den Stroh mit der Futur nicht von ihm erhalten habe. Das war in der Tat auch gar nicht bestritten worden; aber er wird ja wohl nicht bestreiten wollen, daß bei dem Hin und Her darüber, ob die Tür offen gehalten oder geschlossen werden sollte, die Frau eine blutende Verletzung an der Lippe erlitt. Er beklagt sich, „daß diese Mietschuldnerin schon seine Ehefrau bei einer früheren Mahnung hinausgewiesen und ihm selber bei dem von uns geschickten Besuch auf seine Frage nach Miete eine höchst paßige Antwort gegeben habe. Welche Ausdrücke dann sie von ihm zu hören bekommen hat, haben wir mit Stillschweigen übergegangen und auch diese Erwiderung des Hauswirts äußert sich hierüber nicht. In ihr werden über die Mieterin noch allerlei Mittelungen persönlicher Art gemacht und schwere Vorwürfe gegen sie erhoben. Der Hauswirt wird nicht im Ernst verlangen, daß wir das wiedergeben.

Der Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“, Mitgliedschaft Berlin, berichtet in dem vorliegenden Jahresbericht über seine Tätigkeit im Kalenderjahre 1914. Der ausgedehnte Krieg hat auch hier, wie in anderen Arbeiterorganisationen, einen wesentlichen Einfluß auf die Agitation und die glatte Erledigung der Verwaltungsgeschäfte ausgeübt. Zur Erledigung der Geschäfte waren 4 Generalversammlungen und 13 Sitzungen der Ortsverwaltung notwendig. Das Bestreben des Vorstandes, durch den bestehenden Burgfrieden von den Pflichten des Vereinsgesetzes befreit zu werden, war nicht von Erfolg gekrönt. Auf ein an den Polizeipräsidenten gerichtetes Schreiben ging folgende Antwort ein:

Der Polizeipräsident. Berlin C., den 31. Dezember 1914.
Auf Ihre Eingabe vom 29. d. Mts. erwidere ich Ihnen ergeblich folgendes:

Durch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 16. April 1912 ist festgestellt, daß der Berliner Arbeiter-Radsfahrer-Bund, jetzt die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes „Solidarität“, als politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes anzusehen ist. Diese Feststellung läßt sich nicht durch eine Anordnung der Verwaltungsbehörden aus der Welt schaffen, so daß ich mich außerstande sehe, dem Antrag der Ortsgruppe, sie von den Pflichten des § 8 des Vereinsgesetzes zu entbinden, stattzugeben. Will die Ortsgruppe in Zukunft von der Befolgung dieser gesetzlichen Vorschriften befreit sein, so liegt es in ihrer Hand, durch künftige Abhandlung von jeder Einwirkung auf politische Angelegenheiten zu bewirken, daß die bisher vorhandenen Voraussetzungen für jene höchstgerichtliche Entscheidung nicht mehr vorliegen.

An die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes „Solidarität“ zu Händen des Herrn Rich. Karas.

Die Abrechnung mit der Zentralkasse ergibt eine Einnahme und Ausgabe von je 7034,00 M., wovon 4270,96 M. an die Bundeskasse abgeführt wurden. An Unfall-, Sterbe- und Krankheitsunterstützung wurden 1403,85 M. gezahlt. Der Mitgliederstand, der am 1. Januar v. J. 1677 Mitglieder betrug, erhöhte sich im Laufe des Jahres um 254, während 254 dem Verein den Rücken fehrten. Von den am 1. Januar 1915 vorhandenen 1679 Mitgliedern sind 271 zu den Raben einberufen. In dem vom Arbeiter-Sportartikel im Schloß Weihensee veranstalteten Arbeiter-Sportfest beteiligten sich circa 5000 Radsfahrer mit Angehörigen.

Mit dem Mahnruf, daß es gegenüber den im Felde stehenden Bundesgenossen eine Ehrenpflicht sei, die bestehende Organisation aufrechtzuerhalten und auszubauen, schließt der Bericht.

Die Lage der ambulanten Händler während des Krieges wurde in einer vom Deutschen Händlerverband einberufenen Versammlung von dem Referenten Stadtoberordneten Dupont am 5. Februar des eingehenden dargelegt. Der Referent erörterte an der Hand reichhaltigen Materials die Lage der Kleinhandl., insbesondere den Zeitungshandel, das Wandergewerbe und das Halbpartverlesen (Halbpartfahrer sind vom Unternehmer abhängige Straßenhändler) und zeigte den Wert der Organisation. In der Diskussion wurden verschiedene Mißstände auf dem Gebiete des Zeitungshandels zur Sprache gebracht, dessen Abhilfe erreicht werden soll.

Ausstellung von Musterwohnungen:

Das außerordentlich starke Interesse, welches die Ausstellung von Musterwohnungen der Bauingenieurgesellschaft „Ideal“ in ihrer Kleinhausiedlung Brig andauernd findet, veranlaßt diese, dieselbe auch auf die Februar-Sonntage auszuweiten. Die Ausstellung befindet sich in der Oberstadtallee, Nähe Rathaus, ist mit der Straßenbahn bequem zu erreichen und von 10-4 Uhr geöffnet. Eintritt unentgeltlich.

Jugendweiche.

Es wird darauf hingewiesen, daß Anmeldungen zur Jugendweiche noch bis zum 28. Februar 1915 entgegengenommen werden, und zwar an folgenden Stellen:

Emil Boeck, SW 68, Lindenstr. 3; Ernst Wenzel, NW, Wilhelmshaber Str. 28; Kurt Schönfelder, N, Kopenhagener Str. 42; Max Vogel, O, Frankfurter Allee 342; Georg Ziegler, SW, Charlottenstr. 89.

Später eingehende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Feier findet am Sonntag, den 21. März, statt. Die Teilnehmer erhalten etwa zwei Wochen vorher noch eine besondere schriftliche Einladung, aus der alles Nähere ersichtlich ist.

Wintergarten. Ohne die Menge der soldatischen Zuschauer würde im Wintergarten wenig an den Krieg erinnern, denn der größte Teil des Programms hält sich erfreulich fern von aller Kriegsalternität. Friedlich sind alle, der Villardkünstler, die Sängerin, die schwedischen Wassergruppen, die Radsfahrerinnen, der „Contorsionist“ (Verrenkungskünstler darf man wohl nicht sagen) mit seinem Hund, der „Pardschachenkünstler“ usw. Doch jeder von ihnen in seinem Maße ein Künstler ist, gehört hier ja sowieso zur Hausordnung. Aber auch die paar patriotischen Nummern brachten, äußerlich genommen, hervorragende Leistungen. Der Komiker Beders ist wirklich einer, und der Mimiker Anann stellt ohne besondere Hilfsmittel, nur durch die absolute Beherrschung seiner Gesichtszüge, eine ganze Reihe von soldatischen Tagesrollen in der Tat verblüffend treu dar. An der Bearbeitung des „Heilbildes“ von „Landwehrmann und Picarde“ ist freilich nur die Darstellung erfreulich. Nicht so sehr die reichlich pointierte Kunst Jakob Liebels als die höchst natürlich anmutende der Johanna Terwin. Das Stück selbst ist gar zu deplaciert. Man denke: das Original spielt 1815. Später ist es für 1870 aktualisiert worden, und die Ausgabe für 1914 ist denn auch vollends nur eine Sammlung von Anspielungen, während der Sinn des Ganzen verloren gegangen ist. Man braucht nur den Monolog des Landwehrmannes Schulze aus Göpenitz zu betrachten, wie er im Original stand und die ganze Handlung erhellte. Wie die Franzosen bei uns zu Hause gewesen sind, da hat so ein Vollzieher meiner armen Schwäger mit nichts dir nichts eine Christe gegeben. Da habe ich mir geschworen, habe ich — und gesagt:

Schulze, sage ich, kommt du mal nach Frankreich, dann gibst du allen Franzosen wieder eine, so ich — und ich habe mein Wort gehalten! Was hat das von der Grenze bis hierher schon für Christen gereizt! . . .“ usw. Diese Pointe ist im wesentlichen beibehalten worden, obwohl sie doch, wie jeder weiß, ganz unzeitgemäß ist. Das gleiche gilt von den weiteren Worten im Original, die den schnellen Ausbruch des Landwehrmannes begründen: „Stehen die Metz, die Franzosen, wohl einen Augenblick still? — Das geht immer, als wenn sie was sehr wichtiges in Paris zu bestellen hätten — und wir ballern immer hinterher.“ Und schließlich ist die idyllische Stimmung des Stückchens zwar den Jahren 1815 und 1870 zur Not noch angemessen, aber dem November 1914 wahrlich nicht.

Das nächste Konzert des Blüthner-Orchesters findet am Dienstag, den 9. Februar, (wie alle Diensttage) unter Leitung seines Dirigenten, des Herrn Kapellmeisters Paul Donath in den Bürgerläden in Reußstraße 147 statt.

Einen empfindlichen Verlust erlitt am Sonnabendabend eine Arbeiterfrau in Reußstraße. Auf dem kurzen Wege von dem Hause Ansehstraße 41 nach dem Hause 46 verlor sie ein Portemonnaie mit 79 M. Der Verlust trifft die Frau um so härter, als es das letzte Geld ihrer Ersparnisse war und der Ehemann jetzt außer Arbeit ist. Der ehrliche Finder wird deshalb gebeten, den Fund abzugeben bei Storge, Ansehstraße 46, Hof parierere.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte

veranstaltet auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich. Am Donnerstag, den 11. Februar 1915, sprechen in den nachbenannten Aulen der Gemeindefschulen über das Thema: „Gesundheitspflege von Nase und Ohr.“ Herr Professor Dr. H. Hoffe in der Rigauer Str. 81/82. Herr Dr. M. Halle in der Waldenser Str. 20/21. Herr Dr. W. Brund in der Eberswalder Str. 10. Herr San.-Rat Dr. A. Schönfeldt in der Salfinger Straße 55/56.

Am Freitag, den 12. Februar 1915, sprechen in den nachbenannten Gemeindefschulen über das Thema: „Die geschlechtliche Ansteckung und ihre Folgen“ (Nur für Männer.) Herr Dr. L. Vilsenthal in der Lütstter Str. 4/5. Herr Dr. M. Jacobsohn in der Pasterstr. 3. Herr Dr. E. Levin in der Bergmannstr. 28. Herr Dr. Lopp spricht in der Pankstr. 17 über das Thema: „Geschlechtskrankheiten als Folgeerscheinungen von Geschlechtskrankheiten.“ Dieser letztere Vortrag ist für Männer und Frauen bestimmt.

In Berlin-Brick in der 2. Gemeindefschule, Bürgerstraße 23, spricht am Montag, den 8. Februar, Herr Dr. R. Voelkländer über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung.“ (Nur für Männer.)

In Charlottenburg in der 12. Gemeindefschule, Sophie-Charlotte-Str. 69/70 spricht am Mittwoch, den 10. Februar, Frau Dr. Prager-Heinrich über das Thema: „Entstehung und Verhütung von Frauenkrankheiten.“ (Nur für Frauen.)

In Köpenick in der Dorotheenschule, Freiheit, spricht am Dienstag, den 9. Februar Herr Dr. R. Arnheim über das Thema: „Ernährung und Stoffwechselerkrankungen.“

In Friedenau im Gymnasium am Rindbachplatz spricht am Montag, den 8. Februar, Herr Dr. A. Brann über das Thema: „Die chronischen Weinsüden und ihre soziale Bedeutung.“

In Lichtenberg in der Reuen Schule, Marktstr. 10/11, spricht am Dienstag, den 9. Februar, Herr Dr. L. Vilsenthal über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung.“ (Nur für Männer.)

In Lichtenberg in der Gemeindefschule, Kronprinzenstraße 10, spricht am Donnerstag, den 11. Februar, Herr S. Arndt, prakt. Arzt über das Thema: „Wohnungshygiene.“

In Mariendorf im Gymnasium Kaiserstr. 17/21, spricht am Donnerstag, den 11. Februar, Herr Dr. E. Guhrau über das Thema: „Auge und Arbeit.“

In Reußstraße in der Albrecht-Dürer-Oberrealschule Emser-Straße 134/137, spricht am Freitag, den 12. Februar, Herr Dr. W. Plehner über das Thema: „Krankheiten als Berufskrankheiten.“

In Pankow in der 2. Gemeindefschule, Brunowstr. 17, spricht am Donnerstag, den 11. Februar, Herr Dr. F. Heinisius über das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung.“ (Nur für Frauen.)

In Reinickendorf-Ost in der 1. Gemeindefschule, Bindauer Straße, spricht am Mittwoch, den 10. Februar, Herr Dr. J. Burm über das Thema: „Die häufigsten Augenkrankungen.“ (Mit Demonstrationen.)

In Reinickendorf-West in der 5. Gemeindefschule, Auguste-Victoria-Allee 37, spricht am Donnerstag, den 11. Februar, Herr Dr. L. Katsowski über das Thema: „Ernährung des gesunden und kranken Menschen.“

In Schöneberg, 10./11. Gemeindefschule, Feuerstr. 57/58, spricht am Dienstag, den 9. Februar, Herr Professor Dr. Gutmann über „Schutz und Pflege des Auges.“

In Steglitz, Gemeindefschule in der Plantagenstr. 8/9, spricht am Mittwoch, den 10. Februar, Herr Dr. A. Meyer über „Alkoholismus und Tuberkulose.“

In Tegel, Gemeindefschule Tresdorfstr. 26/27, spricht am Dienstag, den 9. Februar, Herr Dr. E. Rosenthal über: „Grundzüge unserer Ernährung.“

In Tempelhof, Gemeindefschule Friedrich-Wilhelm-Straße 11/13, spricht am Dienstag, den 9. Februar, Dr. E. Berger über: „Schutz und Pflege des Auges.“

In Weihensee, Aula der 4./6. Gemeindefschule, Wilhelmstraße 41/42, spricht am Freitag, den 12. Februar, Herr Dr. L. Jacobsohn über „Auge und Arbeit.“

Beginn der Vorträge 8 Uhr abends.

Gerichtszeitung.

Wie verhütet man Familienzuwachs?

Wegen Feilhaltens unzüchtiger Schriften ist vom Landgerichte Göttingen am 14. März der Gewerkschaftsangeestellte Erik Brecht zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt worden. Außerdem ist auf Einziehung der Schrift von Dr. Jabel: „Wie verhütet man einen allzustarken Familienzuwachs?“ nebst Anhang sowie der dazu gehörigen Formen und Blatten erkannt worden.

Der Angeklagte betreibt neben seiner Stellung einen kleinen Buchhandel und legt verschiedene Schriften in einem Schaufenster aus. Die fragliche Schrift war hier auch ausgelegt und ist mehrfach verkauft worden. Er hat den unzüchtigen Charakter der Schrift bestritten und behauptet, ihr Inhalt sei lediglich belehrend und bezwecke, eine volkswirtschaftliche Gesundung herbeizuführen. Das Gericht hat aber als erwiesen angesehen, daß die Schrift das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verlege. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Das Gericht sei zwar von dem richtigen Begriffe der Unzüchtigkeit ausgegangen, die Urteilsbegründung lasse aber erkennen, daß es sich von Rechtsirrtum nicht ganz freigelassen habe. Verschiedene Stellen der Urteilsgründe erwecken den Anschein, als ob das Gericht gemeint habe, der Inhalt einer Schrift sei unter allen Umständen schon deshalb unzüchtig, weil darin antikonzeptionelle Mittel besprochen oder empfohlen werden. Es war aber vor allen Dingen zu prüfen, für welchen Leserkreis die Schrift bestimmt war, und welchem Zweck sie dienen sollte. Der Angeklagte habe behauptet, er habe die Schrift für eine ausschließlich belehrende gehalten. Nach der subjektiven Seite hin erheute das Urteil Bedenken, denn das Bewußtsein des Angeklagten von dem unzüchtigen Charakter der Schrift sei nicht nachgewiesen. Wenn

das Urteil sage, der Angeklagte hätte schon aus dem Titel auf den Inhalt schließen können, so erweide dies den Verdacht, daß das Gericht angenommen habe, eine Schrift sei schon deshalb unzüchtig, weil darin antikonzeptionelle Mittel besprochen sind. Das würde aber von dem subjektiven Standpunkte des Angeklagten aus seinen (die Strafbarkeit nicht ausschließenden) strafrechtlichen Irrtum darstellen, wenn ihm nicht nachgewiesen würde, daß er gewußt hat, der Inhalt der Schrift sei geeignet, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen. Auch insofern sei das Urteil zu beanstanden, als auf Einziehung statt auf Unbrauchbarmachung erkannt ist. Das Reichsgericht hob am Freitag aus diesen Gründen das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Wieder ein falscher „Flüchtling“.

Ein angeblicher ostpreussischer Flüchtling, der sich als gerissener Betrüger entpuppt hat, stand gestern in der Person des Händlers Ferdinand Mielke unter der Anklage des wiederholten Betruges vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I.

Der schon bejahrte und recht würdig aussehende Angeklagte ist hier in der Rolle des „armen Mann aus Ostpreußen“ aufgetreten und hat es verstanden, in einer Reihe von Fällen unter der Vorpiegelung, ein geflüchteter Gutsbesitzer aus Ostpreußen zu sein, in raffinierter Weise und mit großem schauspielerischen Talent die öffentliche und private Wohltätigkeit zu betrogen und das Mitleid seiner Mitmenschen zu erregen. Wie wußte der Angeklagte aber auch seine Leiden zu schildern! Wie anschaulich beschrieb er die Schandthaten der Russen und sein eigenes Leid: fünf seiner Söhne seien im Felde gefallen, sein Gehört sei verwüstet, seine Frau erkrankt, seiner Tochter hätten die Beistien die Brüste abgeschnitten, er selbst habe in der Verzweiflung einen Kofalen totgeschlagen und treue nun, da er keine Verwandten habe, ruhe- und obdachlos in der Welt umher. Der so „schwer geprüfte“ Mann begleitete diese Schauererzählungen mit reichlichen Tränenströmen, die er je nach Bedarf zur Verfügung hatte, und ihm flogen die Herzen mitleidiger Menschen zu, die ihn mit baren Geldern oder mit Gewährung von Unterkunft und Verpflegung längere Zeit unterstützten. Schließlich erregte er dadurch Verdacht, daß er manchmal die ihm gewährten Gelder in Alkohol anlegte, und es wurde festgestellt, daß der angebliche Gutsbesitzer aus Ostpreußen der wiederholt betrogene Händler Mielke war, der die Schauererzählungen frei erfunden hatte, um barmherzige Menschen anzunehmen.

Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber, hielt es, wie der Vorsitzende ausführte, für rüchlos und verächtlich, die Opferfreudigkeit in dieser Weise zu mißbrauchen. Wenn dies in einer Zeit geschehe, wo die Beuten des Volkes ihre Gesundheit und ihr Leben für das Vaterland hingeben, so sei es notwendig, solche Schädlinge, wie den Angeklagten, erbarmungslos aus der Volksgemeinschaft auszuschließen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust.

Haftung des Eisenbahnfiakus.

Durch die Lösung einer Eisenbahnfahrkarte kommt zwischen dem Fiskus und dem Reisenden ein Vertrag des Inhalts zustande, daß der Reisende sicher und unbeschädigt an den Bestimmungsort zu befördern ist. Für eine etwaige Fahrlässigkeit der Eisenbahnangestellten bei Erfüllung des Beförderungsvertrages hat der Fiskus ohne weiteres wie bei eigenen Ver schulden einzustehen (§ 278 BGB.). Hörtet hiernach der Fiskus auch vertragsrechtlich für gute Beschaffenheit der Einrichtungsgegenstände in den von ihm den Reisenden zur Verfügung gestellten Warteräumen? Neben der vertraglichen Haftung kann in Frage kommen, ob der Fiskus nicht nach den allgemeinen Grundregeln über unerlaubte Handlungen (§§ 823, 821 BGB.) erschaftspflichtig ist, wenn ein Reisender infolge mangelhaften Zustandes eines Einrichtungsgegenstandes im Warteraum zu Schaden kommt. Denn der Fiskus hat in den Warteräumen einen öffentlichen Verkehr eröffnet und muß deshalb auch für allgemeine Verkehrssicherheit in diesen Räumen sorgen. Hierzu interessiert der folgende interessante Streitfall, der am Freitag das Reichsgericht beschäftigt hat:

Der Reisende R. aus Aachenburg hat sich am 10. Mai 1911 auf dem Bahnhof zu Oberburg am Main nach Lösung einer Fahrkarte im Wartesaal 3. Klasse auf einen Stuhl gesetzt. Dieser Stuhl brach zusammen, R. stürzte infolgedessen zu Boden und verletzte sich dabei erheblich. Er nahm nun den Bayerischen Eisenbahnfiakus auf Schadenersatz in Anspruch, weil der Stuhl in mangelhaftem Zustand gewesen sei.

Das Landgericht Aachenburg und Oberlandesgericht Bamberg haben dem Fiskus zum Schadenersatz verurteilt. Zur Begründung führt das Oberlandesgericht aus: Der vernommene Sachverständige hat den Stuhl so gesehen, wie er zur Zeit des Unfalls war. Danach befand sich der Stuhl in einem verkehrsgeschädlichen Zustande; er war schon 10 bis 12 Jahre im Gebrauch, es fehlte ihm die Verbindung zwischen Hinter- und Vorderfuß; er war schon früher einmal aus dem Leim gegangen und dann wieder hergestellt worden, aber in unzureichender Weise. Wäre der Stuhl in ordnungsmäßigem Zustande gewesen, so wäre der Unfall nicht passiert. Der Beklagte haftet für den Schaden des Klägers sowohl aus dem Beförderungsvertrag, als auch aus unerlaubter Handlung (§§ 823, 821 BGB.). Es war eine Fahrlässigkeit des Beklagten, daß der Stuhl trotz seines gefährlichen Zustandes im Verkehr belassen wurde. Der Beklagte hat es an einer genügenden Kontrolle fehlen lassen. Es handelt sich um einen Stuhl, der dem öffentlichen Verkehr an einem jedermann zugänglichen Orte überlassen war. Wenn auch nicht zu verlangen ist, daß besondere Sachverständige die Einrichtungsgegenstände der Warteräume prüfen, so mußte doch jedenfalls auch ein nicht fachverständiger Kontrollbeamter die offensichtlich schlechte Beschaffenheit des Stuhles erkennen. Der Beklagte hat es aber an einer genügenden Kontrolle der von ihm angenommenen Hilfspersonen fehlen lassen. Daraus folgt seine Verpflichtung, dem Kläger den durch das Zusammenbrechen des Stuhles entstandenen Schaden zu ersetzen.

Mit der Revision machte der beklagte Fiskus geltend, daß eine vertragsrechtliche Haftung ausgeschlossen sei, weil die Bereitstellung von Stühlen in den Warteräumen für die Reisenden bis zum Abgang des Zuges nicht mit zum Beförderungsvertrag gehöre; eine Verletzung der Kontrollpflicht liege nicht vor, da die verfassungsmäßigen Organe des Fiskus unmöglich auf allen Stationen kontrollieren können, ob die Stationsvorstände für sichere Stühle in den Warteräumen gesorgt haben.

Das Reichsgericht hat das Urteil bezüglich des vom Kläger verlangten Schmerzensgeldes und sonstigen nichtvermögensrechtlichen Schadens aufgehoben und die Sache in diesem Umfange an das Oberlandesgericht zurückgewiesen, im übrigen aber die Revision des Fiskus zurückgewiesen. Der höchste Gerichtshof nimmt hiernach an, daß eine vertragsrechtliche Haftung des Beklagten (aus dem Beförderungsvertrag) gegeben ist, daß aber hinsichtlich des Anspruchs aus unerlaubter Handlung (das Vorliegen einer solchen ist Voraussetzung für die Zahlung von Schmerzensgeld) die Sachlage vom Oberlandesgericht nochmals zu prüfen ist.

Kleine Nachrichten.

82 Jahre Abgeordneter.

Man jährt der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ aus Budapest: Am 31. Januar starb hier der Abgeordnete von Sarkeresztur, Josef Madarasz. Er ist über hundert Jahr alt geworden und hat seinen Wahlbezirk zweiundachtzig Jahre lang im Parlament vertreten — Wahlsitzel zweiundachtzig Jahre lang im Parlament vertreten — abgerechnet die Reaktionsära von 1849 bis 1861, während welcher er abgerechnet die Reaktionen von Auffein und Olmütz für bis 1866 in den Kerkern von Austerlitz und Olmütz für seinen „Hochverrat“ hängen mußte. Madarasz war nämlich das Urbild des unbeugsamen Kuruzen, doch war sein magyarischer Natio-



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

- Am 30. Oktober fiel im Westen der Arbeiter
Albert Ladewig
Jelkestr. 1, Bezirk 371.
- Am 23. Dezember fiel im Osten der Weber
Karl Rathske
Kistler Str. 26, Bezirk 391 II.
- Am 10. Januar fiel im Osten der Arbeiter
Richard Arnold
Thaackstr. 9, Bezirk 348.
- Bei den Kämpfen in Frankreich fiel unser Bezirksführer, der Arbeiter
Gustav Wetzel
Kobornistraße 9, Bezirk 322 I.
- Am 9. November starb im Lazarett im Westen der Arbeiter
Hermann Mauritz
Kortler Str. 26, Bezirk 304.
- 1915/15 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
- In den Kämpfen im Westen fiel der Bierfabrik
Franz Neubacher
Hilfstr. 18, 4. Wdt. Bez. 519.
- Am 28. November fiel im Osten der Arbeiter
Richard Osinsky
Grünhäger Str. 20, 8. Wdt. Bez. 811.
- Am 10. Januar fiel im Westen der Dreher
Willi Schenk
Kobstr. 17, 18. Wdt. Bez. 812.
- In den Kämpfen in Belgien fiel unser Genosse
Albert Bahr
Stargarder Str. 32, 4. Wdt. Bez. 544 a.
- 202/3 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.
- Am 9. Januar fiel im Westen
Max Herling
Fichtestr. 9, Bez. 2.
Sozialdemokratischer Wahlverein Steglitz.
- 190/5
Am 17. Dezember fiel im Osten auf einem Patrouillengang
durch Kopfschuß
Otto Krause
Gefallen am 11. Januar in Frankreich der Arbeiter
Willi Böhl
Grünberger Str. 13, Gruppe 6.
- Gefallen am 25. Oktober in Russland der Metallarbeiter
Theodor Richtsteig
Simon-Dach-Str. 45, Gruppe 6.
Sozialdemokrat. Wahlverein Niederbarmin. Bez. Lichtenberg.
- Bei den Kämpfen im Osten gefallen ist unser Mitglied
Adolf Klingbeil
Lautogener Str. 46.
Sozialdemokr. Wahlverein Charlottenburg.
- 250/2
In Frankreich gefallen der Holzarbeiter
Christlieb Blessin
Hermannstr. 109, 15. Bezirk.
- In Polen gefallen der Arbeiter
Anton Kluck
Welterstr. 182, 4. Bezirk.
- In Polen gefallen der Arbeiter
Adolf Mindt
Bergstr. 28, 9. Bezirk.
- In Frankreich gefallen der Arbeiter
August Panzenhagen
Schöner Str. 6, 22. Bezirk.
Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
- 246/13

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Berlin.

- Im Felde starben folgende Mitglieder:
- Artur Krüger**, Tischler,
am 22. 11. im Geleht in Rußisch-Polen.
- Paul Behrend**, Tischler, 26 Jahre alt,
im Kampf gegen Frankreich.
- Paul Höhne**, Tischler, 31 Jahre alt,
am 10. 12. 14 in Rußisch-Polen.
- Paul Driesener**, Tischler, 28 Jahre alt,
am 24. 12. im Kampf gegen Rußland.
- Willi Böhl**, Tischler, 30 Jahre alt,
am 11. 1. 14 in Frankreich.
- Max Wehler**, Tischler, 34 Jahre alt,
im Kampf im Westen.
- Paul Thie**, Tischler, 32 Jahre alt,
im Geleht im Osten.
- Edmund Arldt**, Stabiermacher,
im Kampf im Westen.
- Hermann Mauritz**, Tischler,
an einer Verwundung in Frankreich.
Ehre ihrem Andenten!
- 96/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem
Schlachtfelde gefallen sind:

Ignatz Nowak, Gasanstalt Schmargendorf.
August Krisp, Wasserwerk Berlin.
Paul Hübner, Gasanstalt Schmargendorf.
Gottlieb Salewski, Wasserwerk Lichtenberg.
Artur Stiller, Englische Gießwerke.
Eh werden ihnen ein ehrendes Andenten bewahren.

41/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirk Groß-Berlin.
Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Christlieb Blessin, Industriearbeiter.
Johann Cwiklinski, Kohlenarbeiter.
Otto Getzke, Geschäftsdienner.
Wilhelm Glesche, Geschäftskutscher.
Bruno Lindner, Geschäftsdienner.
Paul Mieske, Geschäftsdienner.
Paul Olm, Markthallenarbeiter.
Paul Otto, Droschkenschaffner.
Wilhelm Röhl, Kohlenarbeiter.
Willi Roeske, Geschäftsdienner.
Franz Slawick, Kohlenarbeiter.
Reinhold Stowe, Straßenbahner.
Wilhelm Stumpe, Geschäftsdienner.
Friedrich Weber, Droschkenschaffner.
Paul Zeunert, Industriearbeiter.
Ehre ihrem Andenten!

70/18 Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Johannisthal.
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß der Genosse, No-
tariatsbesitzer 190/6
Friedrich Lenkheit
im Alter von 51 Jahren nach
kurzem Leiden am 5. d. M. ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 8. d. Mts., nach-
mittags 2 Uhr, auf dem Friedhof
der Gemeinde Johannisthal in
Kudow statt.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Seidnamacher Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Stanger
Albert Ziesemer
im Alter von 54 Jahren nach
kurzem, schwerem Leiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet morgen
Montag, den 8. Februar, nach-
mittags 11¹/₂ Uhr, von der Leichen-
halle des Orlieb-Richters, Wollan-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung bitte!
1042b Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Gesundbrunnen.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am 5. Februar der Kollege
Carl Behrend
verstorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 8. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Orlieb-Richters, Wollan-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht!
145/18 Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Portefeulßer
Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Portefeulßer 158/7
Fritz Köhler
am 17. November 1914 bei den
Kämpfen im Osten gefallen ist.
Ehre seinem Andenten!

Arbeiter-Gesangverein
Niederlehme
Mitgl. d. Deutsch. Arb.-Säng.-V.
Bei den Kämpfen auf dem
östlichen Kriegsschauplatz, vom
18. bis 31. Dezember 1914, fiel
unser treuer Gesangsbruder, der
Maurer 4/7
Emil Paulick.
Eh werden sein Andenten
stets in Ehren halten.

Am 26. Januar starb den Tod
fürs Vaterland in Rußland mein
geliebter Gatte und Vater, unser
lieber Sohn, Bruder und Schwager,
der Unteroffizier
Karl Kurth
Reg.-Btl.-Reg. Nr. 1, 4. Komp.
im blühenden Alter von 27 Jahren.
In der Ferne ruhe sanft!
Dies zeigt tiefbetrübt am
Berlin N., Glasgower Str. 1
Elisabeth Kurth
geb. Muschold und Tochter
A. Stähler und Frau
verm. Kurth (Bredarische)
Hermann, Wilhelm und
Ernst Kurth als Brüder
A. Kurth geb. Thoreck
als Schwägerin. 10535

Wenig früh und fern von seinem
Vaterland starb in treuer Pflicht-
erfüllung mein innigstgeliebter
Mann, unser treuorgender Vater,
Bruder, Schwager, Schwagerjohn,
der Werkmeister
Max Hoppe.
Dies zeigt tiefbetrübt an im
Namen der trauernden Hinter-
bliebenen 1040b
Pauline Hoppe geb. Gerloke
Frauz Hoppe.
Wir jeder so wie er.
Als weder Krieg noch Tod
Als Sohn des Volkes starb
getren er bis zum Tod.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß meine liebe unvergessliche Frau,
unser gute Mutter, Tochter,
Schwester, Schwägerin, Tochter,
Schwägerin und Tante
Anna Schlüssel
im 38. Lebensjahre nach kurzem
schwerem Leiden am 4. Februar
sanft entschlafen ist.
Ruhe sanft!
Dies zeigt tiefbetrübt an
Willi Schlüssel
nebst Andern.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 8. Februar, nach-
mittags 2¹/₂ Uhr, von der
Leichenhalle des Orlieb-Rich-
ters in der Wollanstraße, aus
statt. 628

Deutscher Metallarbeiter-Verband

- Verwaltungsstelle Berlin.
Es starben folgende Mitglieder im Felde:
- Adolf Hesse**, Schlosser
geb. 31. 3. 1886 zu Landsberg a./E.
- Georg Prosetzky**, Gärtler
geb. 6. 8. 1893 zu Grünau.
- Leonhard Schrader**, Gärtler
geb. 27. 5. 1895 zu Kropka.
- Richard Talk**, Schlosser
geb. 2. 10. 1892 zu Berlin.
- Ferdinand Laudahn**, Metallarbeiter
geb. 18. 6. 1887 zu Berlin.
- Adolf Keller**, Former
geb. 10. 7. 1875 zu Bätzigsdorf.
- Stefan Bartkowiak**, Metallarbeiter
geb. 5. 10. 1883 zu Groß-Rodow.
- Paul Kubitzek**, Maschineningenieur
geb. 23. 1. 1886 zu Bernstadt.
- Paul Strauch**, Klempner
geb. 22. 7. 1885 zu Berlin.
- Otto Bülow**, Former
geb. 13. 2. 1879 zu Damerow.
- Karl Walter**, Schlosser
geb. 3. 5. 1883 zu Berlin.
- Gustav Bader**, Schlosser
geb. 6. 8. 1891 zu Berlin.
- Otto Plesse**, Werkzeugmacher
geb. 5. 2. 1884 zu Uriesen.
- Karl Schenk**, Metallarbeiter
geb. 17. 5. 1892 zu Berlin.
- Richard Buchwalder**, Kesselschmied
geb. 5. 10. 1894 zu König-Bultsdorfen.
- Wilhelm Stahl**, Metallarbeiter
geb. 31. 3. 1875 zu Drossen.
- Wilhelm Müller**, Metallarbeiter
geb. 16. 4. 1887 zu Grenzau.
- Gustav Beetz**, Dreher
geb. 11. 12. 1886 zu Spandau.
- Otto Nelle**, Metallarbeiter
geb. 27. 1. 1882 zu Gr.-Nackow.
- Alfred Mitschke**, Schlosser
geb. 6. 12. 1890 zu Berlin.
- August Rommel**, Werkzeugmacher
geb. 21. 8. 1876 zu Grünberg.
- Joh. Burba**, Metallarbeiter
geb. 6. 12. 1888 zu Raduzin.
- Herm. Giese**, Maschinenschlosser
geb. 27. 10. 1887 zu Berlin.
- Herm. Eckert**, Metallarbeiter
geb. 23. 11. 1890 zu Rünsterberg.
- Hans Haß**, Schlosser,
geb. 31. 8. 1887 zu Gollnow.
- Walter Baumert**, Mechaniker
geb. 23. 1. 1885 zu Stettin.
- Richard Kobert**, Metallarbeiter
geb. 15. 10. 1889 zu Ragdeburg.
- Karl Krage**, Schleifer
geb. 13. 7. 1875 zu Streß.
- Max Timme**, Dreher
geb. 13. 11. 1892 zu Berlin.
- Ernst Mating**, Mechaniker
geb. 8. 11. 1875 zu Charlottenburg.
- Franz Helmreich**, Klempner
geb. 24. 9. 1887 zu Spandau.
- Ehre ihrem Andenten!
- 132/1 Die Ortsverwaltung.

Am 26. Januar fiel auf dem
Schlachtfelde im Osten unser
Kollege 1051b
Karl Kurth.
Eh werden ihm ein ehrendes
Andenten bewahren!
Die Kollegen der Firma
Telegraphie. Berlin.

Am 25. Dezember fiel bei den
Kämpfen im Osten unser innigst-
geliebter Sohn, der Reservist
Albert Pock
im blühenden Alter von 25 Jahren
Dies zeigt tiefbetrübt an
Rudolf Pock
nebst Familie.
65a
Ruhe ihm die Erde leicht sein!